

Karl Schultheis (SPD): Normalerweise müsste man mir jetzt beweisen, dass dem so ist.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Ich kann mir nicht vorstellen, dass Sie meine Aussage anzweifeln wollen.

(Heiterkeit)

Karl Schultheis (SPD): Das würde ich nie tun, Herr Präsident. Das würde ich nie tun.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Da bin ich mir sicher.

Karl Schultheis (SPD): Das wäre auch inkonsequent. Ich bin schließlich der Meinung gewesen, dass die Aktuelle Stunde heute nicht unbedingt hätte stattfinden müssen. Daher folge ich dem gerne.

Man muss aber bestimmte Punkte hier klarstellen, damit Fehlinformationen nicht in die Lande getragen werden. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Schultheis. – Weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren, liegen mir nicht vor und wären auch nicht mehr zulässig.

Ich **schließe** damit die **Aktuelle Stunde** und rufe auf:

4 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2013 (Haushaltsgesetz 2013)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/1400

Beschlussempfehlungen und Berichte
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksachen 16/2100 bis 16/2107,
16/2109 bis 16/2115 und 16/2120

zweite Lesung

Und:

Finanzplanung 2012 bis 2016 mit Finanzbericht 2013 des Landes Nordrhein-Westfalen

Drucksache 16/1401

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 16/2121

In Verbindung mit:

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2013 (Gemeindefinanzierungsgesetz 2013 – GFG 2013)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/1402

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 16/2117

zweite Lesung

Viertens rufe ich das Gesetz zur Änderung des Wasserentnahmeentgeltgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen auf. Das ist der Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/1286. Dazu wird der zuständige Haushalts- und Finanzausschuss seine Beschlussempfehlung zur dritten Lesung des Haushalts im März vorlegen.

Ich darf daran erinnern, dass das im Ältestenrat vereinbarte Beratungsverfahren mit der Reihenfolge der zu beratenden Einzelpläne und den vorgeschlagenen Redezeiten in der Tagesordnung verankert ist. Nach Beendigung der Beratung über einen Einzelplan erfolgt die Abstimmung über diesen Einzelplan im Plenum. Liegt ein Änderungsantrag zu einem Einzelplan vor, wird zunächst über diesen abgestimmt.

Heute nachzuholen ist noch die Einzelabstimmung über den Einzelplan 20 vor der GesamtAbstimmung. Die GesamtAbstimmung über den Haushaltsplan 2013 in zweiter Lesung erfolgt dann heute mit der Abstimmung über das Haushaltsgesetz.

Heute ist auch zu entscheiden über die Rücküberweisung des Haushaltsgesetzes und des Gemeindefinanzierungsgesetzes.

Ich darf des Weiteren daran erinnern, dass auch heute zwischen 12:30 und 14 Uhr keine Abstimmungen stattfinden. Aus diesem Grund wird die nachzuholende Einzelabstimmung über den Einzelplan 20 nach 14 Uhr erfolgen.

Nach diesen Vorbemerkungen, meine Damen und Herren, rufe ich nun auf den

Einzelplan 02 Ministerpräsidentin

mit dem Teilbereich „Ministerpräsidentin und Staatskanzlei“, dem Teilbereich „Landesplanung“, dem Teilbereich „Europa und Eine Welt“ und dem Teilbereich „Medien“.

Ich darf verweisen auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 16/2102 und eröffne die Beratung zum

Teilbereich Ministerpräsidentin und Staatskanzlei

Für die CDU-Fraktion erteile ich zunächst Herrn Kollegen Golland das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Gregor Golland (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sieben Bundesländer schreiben inzwischen schwarze Zahlen und tilgen so Schulden. Nur Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen will nicht sparen. 60 % der Defizite aller Bundesländer entfallen auf Nordrhein-Westfalen. 3,5 Milliarden € neue Schulden werden in 2013 trotz höchster Steuereinnahmen gemacht.

Eigene Sparvorschläge haben SPD und Grüne bislang nicht oder nur unzureichend unterbreitet.

Die CDU hat dagegen 84 konkrete Änderungsvorschläge zum Haushalt eingebracht. Damit ist knapp 1 Milliarde € an strukturellen Einsparungen im Landshaushalt verbunden. SPD und Grünen haben alle Vorschläge unseres Sanierungskonzeptes bislang abgelehnt.

So geschah es auch beim Einzelplan 02, dem Etat der Ministerpräsidentin, also Ihrem Etat, Frau Kraft. Angeblich sind Sie so sozial eingestellt und fürsorglich. Aber ausgerechnet bei dem Kern unserer Gesellschaft und seiner Zukunft, nämlich den Familien mit Kindern, wollen Sie sparen. So streichen Sie die Mittel für Geschenke aus Anlass von Mehrlingsgeburten ersatzlos. Halten Sie das für gut und gerecht?

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Ja! – Michele Marsching [PIRATEN]: Ja!)

– Sie halten das für gut und gerecht?

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Ja!)

Das nehmen wir gerne ins Protokoll auf.

Es geht hier nämlich nicht um große finanzielle Lasten für NRW, aber um ein sehr wichtiges Zeichen, nämlich ein Zeichen der Wertschätzung für Familien, die bei so plötzlichem großem Zuwachs sicherlich jeden Euro gut gebrauchen können. Statt Anerkennung senden ausgerechnet Sie und Ihre Koalition ein schlimmes Signal der sozialen Kälte in unser Land.

Bei sich selbst legen Sie dagegen ganz andere Maßstäbe an. Die weiterhin von der Staatskanzlei mit Steuergeldern organisierte und verschleierte Wahlkampffinanzierung Ihrer TatKraft-Tage ist dabei nur ein Beispiel.

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Die Prüfung des Bundestages hat ein gegenteiliges Ergebnis gebracht!)

In sechs bis acht dieser Schauveranstaltungen wollen Sie sich den Wählern in Nordrhein-Westfalen in einem Format präsentieren, aus dessen Namen schon die personalisierte Selbstinszenierung spricht. Das müsste eigentlich jeden Gutbürger auf die Palme bringen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der CDU)

Frau Kraft, Ihr Etat ist insgesamt nur ein kleiner Teil einer ungebremsten und hemmungslosen Verschuldungspolitik zulasten und auf Kosten jetziger und vor allen Dingen zukünftiger Generationen. Dafür sind Sie verantwortlich. Statt endlich zu sparen und Schulden zurückzuzahlen, geben Sie weiterhin Geld aus, das noch gar nicht erarbeitet ist, sondern nur in den Büchern von Kreditinstituten steht.

Ihre Forderung nach immer mehr Staat ist in Wirklichkeit eine zunehmende Bevormundung und Entmündigung der Bürger.

(Beifall von der CDU)

Sie verteilen unter dem Deckmantel der Fürsorge vermeintliche Wohltaten, deren Finanzmittel die hart arbeitenden Menschen in unserem Land erst erarbeiten müssen oder die sie sich von Banken und Bankern leihen müssen.

Es geht Ihnen nicht darum, den Verteilungskuchen zum Beispiel durch gute Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik für alle größer zu machen, wie es einst Ludwig Erhard formulierte. Sie wollen im Sinne einer falsch verstandenen Gerechtigkeitsidee, die in Wahrheit eine Gleichmachungsideologie ist, nur noch mehr umverteilen. Sie essen den Kuchen durch Ihre vollmundigen Versprechungen schon auf, bevor er gebacken ist.

Ich sage Ihnen daher ganz klar: Die Steuereinnahmen waren noch nie so hoch wie heute. Selbst dann schafft es Ihre Regierung nicht, zu sparen. Wenn nicht jetzt, wann dann?

(Beifall von der CDU)

Noch etwas muss einmal grundsätzlich ausgesprochen und festgehalten werden. Wir haben kein Einnahme-, sondern ein Ausgabeproblem in Nordrhein-Westfalen. So wird unser Land die Schuldenbremse nie einhalten. Allerdings glaube ich auch, dass Sie das bewusst gar nicht wollen. Anders lässt sich Ihre Verschuldungspolitik nicht erklären. Ihre Politik ist langfristig ungerecht und damit unsozial. Sie wird über kurz oder lang scheitern, vielleicht nicht heute oder morgen, aber bestimmt bei der nächsten Wahl. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Für die SPD-Fraktion spricht nun Frau Kollegin Müller-Witt. Bitte schön.

Elisabeth Müller-Witt (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit dem vorliegenden Entwurf zum Einzelplan 02 für den Bereich der Ministerpräsidentin und der Staatskanzlei wird konsequent das Niveau des Haushaltsvorjahres gehalten. Wie schon der Haushalt 2012 ist dies ein maßvoller und vernünftiger Haushaltsansatz. Ich möchte da meinen Kollegen Töns aus seiner Rede im November zitieren: Der Einzelplan 02, der Geschäftsbereich der Ministerpräsidentin, ist ein Beispiel solider Haushaltspolitik.

Neben einigen aus haushaltssystematischen Gründen vorgenommenen Umbuchungen sind teilweise Kürzungen in einigen Titelgruppen erfolgt.

Die Gelder für Mehrlingsgeburten – es sind übrigens „Gelder“ und nicht „Gelder für Geschenke“, und das ist in diesem Fall auch ausschlaggebend – waren dafür gedacht, eine einmalige Unterstützung für die höheren finanziellen Belastungen zu leisten. Allerdings bewirkte diese Unterstützung bei Eltern, die auf Transfereinkommen angewiesen sind, keinerlei Kostenentlastung, da die Zuwendung auf diese Transfereinkommen angerechnet wurde. Insofern zieht Ihre soziale Karte da überhaupt nicht.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Christian Lindner [FDP])

Damit verfehlte diese Maßnahme gerade bei einkommensschwachen Familien ihren Zweck.

Der von der CDU vorgeschlagenen Kürzung im Bereich „Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungen“ des Einzelplans 02 des Aufgabenbereichs der Ministerpräsidentin und der Staatskanzlei werden wir nicht nachkommen.

Zu begrüßen ist dagegen, dass im laufenden Jahr im Rahmen von Veranstaltungen der Ministerpräsidentin vor Ort am Arbeitsplatz oder in anderer Weise im direkten Kontakt mit den Menschen unseres Landes wieder die oft bemängelte Distanz zwischen Regierung und Regierten abgebaut wird. Nicht die elitären, für einen exklusiven Kreis gedachten Veranstaltungen wie die Petersberger Convention, sondern das praktische Erleben der Vielfalt der Arbeitswelt in unserem Lande, und das ohne die Flüchtigkeit einer Stippvisite, stellt eine vertrauensbildende Maßnahme dar.

Sie wissen genauso gut wie ich, dass erst kürzlich bestätigt worden ist, dass diese Form der Bürgerveranstaltungen der Ministerpräsidentin kein unzulässiges Veranstaltungsformat ist, während Herr Rüttgers trotz Wissens um die bereits zwei Monate später stattfindende Landtagswahl am 12. März 2010 damals einen erlauchten Kreis zur Petersber-

ger Convention eingeladen hat, was übrigens nicht den erwünschten Erfolg hatte.

Dagegen hatte Hannelore Kraft im Januar 2012, lange bevor feststand, dass es Neuwahlen geben wird, ihre letzte TatKraft-Veranstaltung vor der Wahl im Mai 2012 durchgeführt. Deshalb hier die klare Aussage: Die SPD-Fraktion begrüßt die TatKraft-Einsätze unserer Ministerpräsidentin ausdrücklich.

Abschließend noch zu einem durchaus beachtlichen Etatansatz: Der Klimawandel als Herausforderung der nächsten Jahrzehnte findet seinen Niederschlag im Einzelplan 02 in Form der Klimaschutzexpo, einem Projekt, das ausgehend vom Ruhrgebiet in ganz NRW seine Wirkung entfalten wird. Die Klimaschutzexpo wird Impulse setzen und damit sowohl ökonomische als auch aus ökologischer Sicht nachhaltige Wirkung zeigen.

Die Haushaltstitel im Einzelplan 02 für Ministerpräsidentin und Staatskanzlei zeigen somit neben der formalen Abbildung von Ausgaben und Einnahmen auch die Bedeutung, welche einem so herausragenden Thema wie dem Klimaschutz in unserem Land beigemessen wird.

Fazit: Die Haushaltsplanungen für den Bereich Ministerpräsidentin und Staatskanzlei finden unsere volle Zustimmung.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Abgeordnete. – Für die FDP-Fraktion spricht als nächste Rednerin Frau Kollegin Freimuth.

Angela Freimuth (FDP): Vielen Dank. – Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Bund wäre das jetzt in der Tat der Punkt für die Generaldebatte um die Politik dieser Landesregierung. Hier sind die Regeln anders. Deshalb will ich der Versuchung an dieser Stelle widerstehen und nur ganz kurz zum Einzelplan 02 und hier zu den Kapiteln 02 010 und 02 020 einige Anmerkungen machen.

Beim Vergleich mit dem Vorjahr zeigt sich hier nicht wirklich viel. Fast wäre ich in der Versuchung anzuerkennen, dass es angesichts der Schuldenpolitik der regierungstragenden Fraktionen im Übrigen keinen wesentlichen Mittelaufwuchs für den Bereich der Ministerpräsidentin gibt, der allerdings auch vorher schon ganz ordentlich ausgestattet war. Wollten wir allerdings das Thema „Haushaltskonsolidierung“ mit der erforderlichen Ernsthaftigkeit im Parlament begleiten und aktiv mitgestalten, wären die Etatansätze der Ministerpräsidentin sicherlich eine Gelegenheit, bei den Konsolidierungsanstrengungen mit gutem Beispiel voranzugehen.

Ansatzpunkte für ein solches Vorgehen gäbe es in der Tat viele, insbesondere mit Blick auf die Öffentlichkeitsarbeit und die Präsentationen. Auf die Her-

ausgabe der einen oder anderen Hochglanzbroschüre zu verzichten, wäre ein ordentlicher Beitrag.

Auf besonderen Wunsch eines einzelnen von mir sehr geschätzten Gentleman möchte ich eine Anmerkung zu der schon viel zitierten und besprochenen TatKraft-Tour machen, insbesondere zur Finanzierung dieser Veranstaltungskonzeption aus dem Landeshaushalt, also aus dem Einzelplan der Ministerpräsidentin. Das ist kein neues Thema. Wir haben uns mit ihm auch schon vor der rechtlichen Prüfung durch den Deutschen Bundestag – wohl auf Antrag der Kollegen der CDU – sehr intensiv auseinandergesetzt.

Damals habe ich mit Bedacht darum gebeten, diese Konzeption noch einmal gründlich zu überdenken. Nach meinem Eindruck gab es durchaus Signale, dass dies geschehen würde, da mit dieser Veranstaltungsreihe sehr leicht der Anschein erweckt wird – da sind wir in einer besonderen Verantwortung –, dass eine parteipolitische Veranstaltungsreihe unter dem gleichen Titel als eine Regierungsöffentlichkeitsmaßnahme fortgesetzt und vermengt wird. Ich finde es sehr bedauerlich, dass diese Chance ausdrücklich nicht ergriffen wird.

Das Thema wird von uns immer wieder mal aufgerufen, weil Sie, Frau Ministerpräsidentin, den Anspruch erhoben haben, eine uneitle, nicht Ihre Person in den Mittelpunkt rückende Politik zu betreiben und Regierungsverantwortung zu übernehmen.

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Das sieht man auch! Kommen Sie mal vorbei!)

Weil wir im Einzelplan 02 viele Bereiche finden, bei denen Einsparpotenziale im Sinne von Ausgabenkürzungen nicht genutzt werden, werden wir ihm nicht zustimmen.

Ich leiste meinen Beitrag zur Zeitkonsolidierung, indem ich meine Redezeit nicht voll ausschöpfe. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Kollegin Freimuth. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht als nächster Redner Herr Kollege Mostofizadeh.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Golland, ich bin von Ihnen einiges gewöhnt. Aber Sie wollen bei einem Einzeletat, der zu den kleinsten im Landeshaushalt gehört, immer eine Nummer mehr draufknallen, obwohl Ihre Fraktion sogar Mehrausgaben fordert und über die „Rheinische Post“ verlautbaren lässt, dass die Streichung der Geschenke für Mehrlingsgeburten nicht zur Haushaltskonsolidierung beitragen würde. Das wären nur 140.000 von 60 Milliarden. Warum machen wir das überhaupt?

Wenn Sie sich ernst nehmen wollen, Herr Kollege Golland, dann blasen Sie sich hier nicht so auf! – Das ist der erste Punkt, gerichtet an Sie ganz persönlich.

Wenn die CDU-Landtagsfraktion zum Zweiten bei den Titeln 4 % oder im Endausbau 20 % respektive 45 % einsparen möchte – ich habe Ihnen das gestern vorgerechnet –, wäre diese Position mit anderen zusammen längst wegrasiert. Sie ducken sich weg; Sie wollen keine Haushaltskonsolidierung! – So viel zur CDU.

(Beifall von den GRÜNEN)

Frau Kollegin Freimuth hat, wie erwartet, deutlich sachlicher und angemessener vorgetragen. Den Punkt „TatKraft-Tour“ besprechen wir nun wahrscheinlich jedes Jahr. Ich könnte Ihnen auch jedes Jahr vortragen, was Herr Rüttgers gemacht hat, wie viele Hunderttausend das mehr gekostet hat, wie viel unsinniger das gewesen ist, während Frau Kraft jeweils vor Ort geht und die TatKraft-Tour als solche nichts kostet. Die Veranstaltung am Abend, in der es zu einem sehr intensiven Austausch mit der Bevölkerung kommt, führt zu entsprechenden Kosten, die der Staatssekretär im Ausschuss aufgelistet hat. Diese Kosten sind um ein Vielfaches niedriger als das, was die frühere Regierung ausgegeben hat.

Liebe Kollegin Freimuth, wenn Sie Hinweise auf Hochglanzbroschüren haben, die unangemessen teuer sind – wir führen mittlerweile auch ein Register darüber –, sammeln wir das gerne. Der Staatssekretär nickt schon. Wir gehen Hinweisen gerne nach. Ich nehme an, das gilt auch für die Regierung. Wenn irgendetwas fehlgelaufen ist, werden wir das aufspüren und einsparen. Das sichere ich ebenso wie die Landesregierung ausdrücklich zu. Wir sind in einem Boot und können das gerne zusammen machen, wenn das auf dem Niveau abläuft: „Was ist überpointiert? Wo können wir einsparen?“

Da muss ich der Staatskanzlei ein Lob aussprechen. Sie bemüht sich, Sachen zu finden. Es werden auch Konsequenzen gezogen, wenn etwas für falsch oder zu groß gehalten wird. So muss der Weg aussehen.

Wir reden nicht über einen Einzelplan mit sehr vielen Förderprogrammen, über die man inhaltlich diskutieren könnte, sondern über Effizienzen und möglicherweise kleinteilige Korrekturen. Diese Korrektur ist bei den Mehrlingsgeburten vorgenommen worden.

Deswegen ist dieser Einzelplan ein guter Beleg dafür, wie man mit zugegebenermaßen kleinen Schritten und konsequentem Durchforsten zu Einsparungen kommt und sie mit offenem Visier durchträgt.

Auch ich werde meine Redezeit nicht ausschöpfen und empfehle Ihnen – wie erwartet – die Zustimmung zu diesem Etat. In dem Zusammenhang danke ich auch für die gute Zuarbeit.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Danke, Herr Kollege. – Für die Piratenfraktion erteile ich Herrn Kollegen Marsching das Wort.

Michele Marsching (PIRATEN): Vielen Dank, Herr Präsident. – Ich versuche ebenfalls, mich kurz zu fassen, meine Damen und Herren. Wir haben im Hauptausschuss zusammen gesessen und über das Kapitel 02 010 geredet. Ich habe das Protokoll vorliegen. Es gab aus keiner Fraktion eine Wortmeldung. Dann habe ich mir das Protokoll des Haushalts- und Finanzausschusses herausgesucht. Änderungsanträge wurden auch dort nicht gestellt. Jetzt kommen drei Änderungsanträge von der CDU. Wir haben über die Themen gerade schon ausführlich geredet. Wir haben auch im Hauptausschuss darüber geredet.

Es geht um die Mehrlingsgeburten, für die Geld hinzugegeben werden soll, es geht um die TatKraft-Tage und den Etat der Ministerpräsidentin für die Öffentlichkeitsarbeit, bei dem gekürzt werden soll. Das hatten wir im Hauptausschuss. Ich weiß, dass wir nicht immer zu gemeinsamen Positionen kommen. Aber ich dachte, das Thema wäre durch. Dann sehe ich, es wurden keine Anträge gestellt, finde ich super.

Jetzt liegen die Anträge doch wieder auf dem Tisch. Ich finde es ein bisschen befremdlich, wenn man immer einen Zickzackkurs fährt. Aber okay.

Ein bisschen erinnert mich das mit den TatKraft-Tagen an die berühmte Szene bei Monty Python am Anfang mit der Steinigung. Ich weiß nicht, ob Sie es kennen. Als der erste Stein fliegt, fragt der Priester, wer den ersten Stein geworfen hat. Die Antwort lautet: Er war es, er war es! Sie war es, sie war es! – So funktioniert das hier auch.

(Beifall von den PIRATEN)

Der eine sagt, die TatKraft-Tour ist Mist. Der andere sagt, die Petersberg Convention ist Mist. Liebe Leute, damit können wir wirklich langsam aufhören. Das muss nicht sein.

Eine fachliche Sache möchte ich noch zu den Mehrlingsgeburten sagen. Ich habe gerade auf die Frage von Herrn Golland mit voller Überzeugung gesagt: „Dieses Geld ist unsozial.“ Ja, ich sehe das so. Wann treten Mehrlingsgeburten auf? Ich kann aus eigener Erfahrung etwas dazu sagen. Mehrlingsgeburten treten vor allen Dingen auf, wenn es nicht möglich ist, auf natürlichem Weg Kinder zu zeugen. Sie treten in erhöhtem Maße auf, wenn künstliche Befruchtung angewandt wird. Wer kann sich eine künstliche Befruchtung leisten? Das sind die Leute, die schon Kohle haben. Denen noch etwas hinterherzuwerfen, muss nun wirklich nicht sein.

Ich empfehle meiner Fraktion, diesem Einzelplan mit den Kapiteln 02 010 und 02 020 zuzustimmen.

Ich möchte noch eines sagen, was auf Ausgleich zielt. Es geht um einen Satz, den Herr Kollege Sommer im Hauptausschuss gesagt hat. Vielleicht bekommen wir es dann mit den TatKraft-Tagen hin. Im Protokoll steht: „Torsten Sommer schlägt zur Glättung der Wogen vor, an TatKraft-Tagen künftig einfach einen Vertreter jeder Fraktion teilnehmen zu lassen.“ Das wäre ein Vorschlag, das wäre ein Ausgleich. So etwas sollten wir einmal versuchen. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN – Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Die Abgeordneten vor Ort werden eingeladen!)

– Das weiß ich, ja. Das sind nicht alle Fraktionen.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Für die Landesregierung erteile ich nun Frau Ministerin Dr. Schwall-Düren das Wort.

Dr. Angelica Schwall-Düren, Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Herren und Damen Abgeordneten! Frau Abgeordnete Müller-Witt hat vorhin schon darauf hingewiesen, dass wir mit dem vorliegenden Etatentwurf gewissermaßen die Quadratur des Kreises schaffen. Einerseits enthält dieser Entwurf die ausgabenrelevanten Schwerpunkte der Regierungserklärung der Ministerpräsidentin vom 12. September. Andererseits leistet dieser Entwurf genau wie alle anderen Ressorts den geforderten anteiligen Sparbeitrag.

Lassen Sie mich an dieser Stelle nur noch ein Wort zu den angesprochenen Mehrlingsgeburten sagen. Ja, es ist auf den ersten Blick vielleicht sehr bedauerlich, dass diese Maßnahme nicht mehr möglich ist. Aber auf den zweiten Blick können wir sagen, dass die Verteilung recht zufällig erfolgte, wenn entsprechende Nennungen gegenüber der Staatskanzlei erfolgten. Die Bedürftigkeit spielte in der Tat überhaupt keine Rolle.

Meine Damen und Herren, das Gesamtergebnis dieses Haushalts überraschte nicht. Sowohl in der Struktur als auch in der Haushaltsanmeldung ist er weitgehend unverändert mit einem Plus von 22.800 €. Dass dies in Wahrheit eine Reduzierung, ein Weniger gegenüber 2012 ist, wird spätestens dann deutlich, wenn Sie sich klar machen, dass wir eine Inflationsrate von 1,7 % haben, dass wir nicht beeinflussbare Steigerungsraten, automatische Steigerungsfaktoren wie anwachsende Versorgungs- und Beihilfeleistungen, zum Beispiel indexbedingte Steigerungen bei Mietzins- und Mietnebenkosten für die Liegenschaften in Berlin und Brüssel, aber auch bei den Dotationen an die Kirchen und Jüdischen Kultusgemeinden haben.

Dass wir trotzdem politische Schwerpunkte abbilden können, ist umso erfreulicher. Die Ministerpräsidentin hat in ihrer Regierungserklärung die landesweite Ausstellung Klimaschutz-Expo angekündigt, in der wir über einen mehrjährigen Zeitraum das gesamte Leistungsspektrum Nordrhein-Westfalens in den Bereichen Klimaschutzressourcen und Energieeffizienz zeigen wollen. Angelehnt an die Struktur und Durchführung der IBA Emscher Park erwarten wir, dass mit dieser dezentral organisierten Leistungsschau innovative Impulse von und für Nordrhein-Westfalen ausgehen.

Als zweiter Schwerpunkt wird die Koordinierung und Steuerung der Energiewende deutlich. Das ist in Nordrhein-Westfalen Chefinnensache. Nordrhein-Westfalen ist bei diesem Thema ganz maßgeblich involviert. Wir sind mit unserer energiebedürftigen Industrie, als Region mitten in Deutschland als Durchgangsland für Leitungstrassen und als Produzent von Energie betroffen. Deswegen bedarf es eines schlagkräftigen Stabes, um die nötigen Koordinierungsarbeiten durchzuführen. Dafür müssen wir personell und organisatorisch angemessen ausgestattet sein. Wir glauben, mit vier befristet einzustellenden Projektkräften im Vergleich zu 200 Kräften, die die Bundesregierung für die Energiewende einstellt, nicht unangemessen für diese wichtige Aufgabe der Zukunft vorzusorgen.

Meine Damen und Herren, ich will gerne auch auf die Themen eingehen, die Sie im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit angesprochen haben.

Lassen Sie mich auch in diesem Zusammenhang noch einmal unterstreichen, dass in der Frage der TatKraft-Veranstaltungen eindeutig geklärt ist, dass es sich nicht um Wahlkampfveranstaltungen handelt, sondern die Ministerpräsidentin mit Angehörigen der besuchten Unternehmen und Einrichtungen, mit Sachverständigen, örtlichen Funktionsträger/innen sowie Bürgern und Bürgerinnen bei einer parteiübergreifenden Zusammensetzung des Gästekreises die Eindrücke, Probleme und Handlungsbedarfe diskutiert, politisch einordnet, sozusagen im Praxistest für Regierungshandeln. Wir tun etwas dafür, dass sich Politik nicht abgehoben von der Bevölkerung, der Wirtschaft, und dem Arbeitsleben betätigt.

Lassen Sie mich ein letztes Wort sagen, meine Damen und Herren: Wenn wir uns den Etat für die Öffentlichkeitsarbeit insgesamt anschauen, können wir feststellen, dass er seit 2006 unverändert geblieben ist. Bei der Vorgängerregierung war er aber im Ist-Ergebnis jedes Mal deutlich höher. Im Vergleich zu Ländern wie Bayern oder sogar Sachsen müssen und können wir feststellen, dass der Ansatz in unserem Land durchaus moderat ist, aber auch die neue Vernetzung in der digitalen Gesellschaft die Notwendigkeit mit sich bringt, dass die Landesregierung im Austausch mit der Bevölkerung für Kommunikation gut aufgestellt ist, damit es in beide

Richtungen einen Informationsaustausch gibt und wir im Verbund mit den Bürgern und Bürgerinnen eine gute Arbeit leisten können. – Vielen Dank, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und Michele Marsching [PIRATEN])

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Weitere Wortmeldungen zum Teilbereich „Ministerpräsidentin und Staatskanzlei“ des Einzelplans 02 liegen mir nicht vor.

Wir kommen damit zum

Teilbereich Landesplanung

Ich eröffne die Beratung und erteile zunächst Herrn Kollegen Dr. Bergmann von der CDU das Wort.

Dr. Günther Bergmann (CDU): Herr Präsident! Meine Damen, meine Herren! Im Einzelplan 02 sind 2,1 Millionen € für Landesplanung eingestellt. Das ist ziemlich viel Geld dafür, dass die Landesregierung bis dato noch nichts geliefert hat. Dabei ist Landesplanung doch eine der oft verkannten Königsdisziplinen der Landespolitik, manchmal zwar ein bisschen trocken, aber eigentlich immer wichtig. Ihr Ziel ist es, die wirtschaftliche Entwicklung zu fördern und zu unterstützen. Durch falsche Festsetzungen kann sie sich aber auch ganz schnell ins Gegenteil verkehren.

Bereits im Koalitionsvertrag 2010 und dann wieder im Koalitionsvertrag 2012 kündigen die rot-grünen Landesregierungen eine Novelle des LEP an. Folgenlos, bisher liegt noch nichts vor!

Bevor jetzt aber wieder der Reflex aufkommt, die Vorgängerregierung habe auch nichts in die Wege geleitet, kann ich nur sagen: Versuchen Sie doch nicht immer nur, eigene Defizite mit schon inzwischen drei Jahre lang zurückliegenden Geschichten zu überdecken! Das wird in der Öffentlichkeit eigentlich doch nur noch als gebetsmühlenartig vorgetragene und inzwischen abgenutzte Floskeln wahrgenommen.

(Beifall von der CDU)

Lassen Sie Ihren Vorankündigungen doch endlich Taten folgen. Bisher gibt es noch nicht einmal einen Eckpunkteplan oder gar einen Entwurf. Machen Sie doch endlich das Beteiligungsverfahren! Binden Sie aber bitte vorher auch den Landtag ein,

(Beifall von der CDU)

damit wir vor den Konsultationen eine Debatte zu den Zielen der Novelle führen können. Erst nach Abschluss des Konsultationsverfahrens hier eine Vorlage einzubringen, halten wir von der CDU für

falsch. So sehr wir also die Einschätzung der Landesregierung ausdrücklich teilen, dass möglichst viele Betroffene zu beteiligen sind, so sehr halten wir es für falsch, dass der Landtag erst nach der Beteiligung hier den LEP diskutieren soll.

Es herrscht doch wohl Einigkeit darüber, dass zeitgemäße Landes- und Regionalplanung die Lebensgrundlagen der Menschen in allen Bereichen unseres Landes sichert sowie Planungs- und Investitionssicherheit schafft. Auf der Landesplanung setzen schließlich die regionalen und letztendlich die kommunalen Bauleitplanungen auf.

Ohne hier schon ins Detail gehen zu wollen, möchte ich exemplarisch zwei Problemfelder herausgreifen, um zu zeigen, wie wichtig zeitnahes Handeln in der Landesplanung ist:

Erstens: Flächenverbrauch. Derzeit werden in Nordrhein-Westfalen täglich 15 ha verbraucht. Wir teilen ausdrücklich die Forderung – ausdrücklich! –, diesen Verbrauch zu reduzieren. Aber wir wissen auch: Wirtschaftliche Entwicklung braucht Fläche.

Vor Weihnachten schlug genau dieses Thema bei Unternehmen, Verbänden und Kommunen hohe Wellen. Die Landesregierung hatte einen Erlass zur Siedlungsflächenbedarfsermittlung auf den Weg gebracht. Dieser hätte dazu geführt, dass wirtschaftliche Entwicklung eben in weiten Teilen Nordrhein-Westfalens unmöglich geworden wäre.

Der Erlass ging nämlich davon aus, dass der Flächenbedarf pro Beschäftigtem bei 50 bis 300 m² liegt. Dabei hatte die IHK Nordrhein-Westfalen alleine für das Ruhrgebiet schon gesagt, er liege zwischen 130 und 3.000 m² pro Beschäftigtem, also durchschnittlich schon bei 367. Denken Sie nur an die Konsequenzen solch falscher Erlassvorgaben für die rasant wachsende Logistikbranche, die mit diesen Mittelwerten nie auf einen grünen Zweig kommen kann.

(Beifall von der CDU)

Viele Arbeitsplätze, gerade auch solche für weniger Qualifizierte dringend benötigte, wären aufs Spiel gesetzt worden.

Ähnliches gilt im Umgang mit den Industriebrachen. Wir teilen das Ziel, dass die Revitalisierung von Brachflächen Vorrang vor Neuausweisungen haben muss. Das darf aber nicht dazu führen, dass sinnvolle Ansiedlungen an fehlenden Flächen scheitern und Arbeitsplätze außerhalb Nordrhein-Westfalens entstehen.

Zweites Thema: Klimaschutz. Im Januar 2013, also vor wenigen Wochen, haben die regierungstragenden Fraktionen trotz eindringlicher Warnungen von Industrie und Mittelstand das Klimaschutzgesetz durchgesetzt. Die Wirtschaft befürchtet, dass dieses Gesetz zu einer Deindustrialisierung unseres Landes führen wird. Auch wir glauben, dass die Verknüpfung von Klimaschutz und Raumplanung, wie

sie der rot-grüne Koalitionsvertrag vorsieht, für den Industriestandort Nordrhein-Westfalen sehr gefährlich ist.

Wenn Klimaschutz als reine Verringerung von klimaschädlichen Emissionen an einem bestimmten Standort gesehen wird, ohne dass beispielsweise auf die Produktbilanz abgestellt wird, wenn Klimaschutz darüber hinaus noch Ziel der Landesplanung wird, öffnet das Klimaschutzgesetz in Verbindung mit dem Landesentwicklungsplan wirklich die Tür zur befürchteten Deindustrialisierung Nordrhein-Westfalens. Das darf aus Sicht der CDU nie Ziel von Landespolitik in Nordrhein-Westfalen sein.

(Beifall von der CDU)

Uns beschleicht der Verdacht, dass der erst für 2014 geplante Kabinettsbeschluss über den Gesamt-LEP nicht nur mit Beteiligungen von Betroffenen zu tun hat, sondern vor allem damit, dass man zunächst den in Arbeit befindlichen Klimaschutzplan abwarten will.

Wir fordern daher die Landesregierung, besonders Sie, Minister Duin, als zuständigen Minister auf, den Landesentwicklungsplan nicht durch eine Verquickung mit Klimaschutzgesetz und Klimaschutzplan zum Werkzeug der Deindustrialisierung von Nordrhein-Westfalen zu machen. – Schönen Dank.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Für die SPD-Fraktion erteile ich als nächstem Redner Herrn Kollegen Thiel das Wort.

Rainer Christian Thiel (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin! Liebe Kollegen und Kollegen! Liebe Damen und Herren! Liebe Gäste! Sehr geehrter Herr Dr. Bergmann, es ist schon etwas befremdlich, was Sie hier zur Landesplanung abgeliefert haben, zuspitzend auf den Begriff Deindustrialisierung. Das ist reine Schwarzmalerei.

Das ist meine erste Rede hier im Parlament. Ich gehöre dem Landtag seit Mai an. Was ich in dieser Zeit erlebt habe, ist eine CDU, die das Ereignis der Wahlniederlage irgendwie nicht verarbeitet hat.

(Zurufe von der CDU)

In vielen Ausschüssen und bei anderen Begegnungen, da ist immer dieser anklagende Unterton: Die Regierung macht irgendetwas nicht; sie verschleppt irgendetwas. Irgendwie ist es alles nicht richtig. Aus allem holen Sie so etwas Negatives heraus. Sie werden der CDU damit keinen Gefallen tun. Sie werden zur Kenntnis nehmen müssen, dass auch zukünftige Wahlergebnisse eher so ausgehen wie im letzten Mai, auch wenn Sie etwas anderes herbeizureden versuchen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Der Landesplanung zu unterstellen, sie fördere Deindustrialisierung, ist jenseits realistischer Wahrnehmungen.

„Stark für die Zukunft – durch weitsichtiges Handeln“ – das war das Motto der Regierungserklärung der Ministerpräsidentin. Dieses Motto gilt auch und gerade für die Landesplanung.

Zukunftschancen eröffnen, Interessen ausgleichen, Beteiligung der Betroffenen organisieren und moderieren – das ist der Weg zu einer nachhaltigen Landesentwicklung. NRW ist das bevölkerungsreichste Bundesland und auch das industrielle Herz Deutschlands. Das macht die Landesplanung zu einer herausragenden Aufgabe für die zukunftsorientierte Entwicklung unseres Bundeslandes.

Landesplanung ist aber auch ein Politikfeld, in dem sehr unterschiedliche Interessen, verschiedene Bereiche sowie bundesrechtliche und andere Vorgaben beachtet werden müssen, eine typische Querschnittsaufgabe und daher richtig und gut in der Staatskanzlei angesiedelt.

Zentrales Projekt ist der neue Landesentwicklungsplan. Auch da stimmt nicht, Herr Dr. Bergmann, was Sie sagen. Der Kabinettsbeschluss – das wurde im Wirtschaftsausschuss auch so angekündigt – wird in diesem Frühjahr erwartet. Dann beginnt das Beteiligungsverfahren, und der Entwurf des neuen LEP steht dann auch den Landtagsabgeordneten zur Diskussion zur Verfügung.

Es geht im neuen LEP um nachhaltige Raumentwicklung, die gesellschaftliche Veränderungen einbezieht, zum Beispiel die Gestaltung des demografischen Wandels. Planerische Anpassungen auf den Bevölkerungsrückgang herbeizuführen, ist eine gewaltige Herausforderung, wenn man bedenkt, dass Politik auf allen Ebenen seit Jahrzehnten auf Zuwachs ausgerichtet ist.

Wir müssen aber die Frage beantworten, welche Infrastruktur und welche Folgekosten für die Zukunftsentwicklung einer Region angemessen sind. Wir müssen die Herausforderungen des Klimawandels einbeziehen. Dabei ist der Ausbau der Windenergie ein wichtiges Thema. Die Landes- und Regionalplanung soll Vorranggebiete für die Windenergienutzung festlegen, die insgesamt 2 % der Landesfläche ausmachen, eine gewaltige Herausforderung, wenn man bedenkt, dass die gesamte Industrie in Nordrhein-Westfalen derzeit 2,5 % an Landesfläche beansprucht.

Die Förderung der Kraft-Wärme-Koppelung ist ebenfalls ein besonderes Anliegen, weil sich hier wesentliche Potenziale zur Erreichung der Klimaschutzziele befinden.

Der sparsame Umgang mit Flächen – Sie haben es gesagt –, das Fünf-Hektar-Ziel, wird auch von der Landesregierung durch sparsame Inanspruchnah-

me von Flächen im Freiraum unterstützt. Wir brauchen jedoch eine Stärkung unserer Zentren, die Aktivierung von Brachflächen, die Nutzbarmachung alter Industrie- und Gewerbeflächen und behutsame Nachverdichtung da, wo es sinnvoll ist.

Wir wollen ganz ausdrücklich auch neue wirtschaftliche Entwicklung und Innovation ermöglichen und fördern. Es geht dabei um eine bedarfsgerechte Entwicklung, die die kommunale Planungshoheit berücksichtigt, aber auch regionale Erfordernisse einbezieht.

Gerade die Fragen der Anrechnung von betrieblichen Erweiterungsflächen, die Entwicklung regionaler Arbeitsmärkte oder wirtschaftliche Innovationen müssen genau betrachtet werden. Neue Wertschöpfungsketten entstehen zum Beispiel im Bereich „Logistik“. Dafür wird Raum benötigt. Eine Lösung könnten regionalplanerische Zuschläge für besondere Bedarfe sein, die im regionalen Interesse liegen. Darüber wird zu reden sein.

Wir wollen die Innenstädte stärken. Die „Stadt der kurzen Wege“ hat das Ziel, die Lebensschwerpunkte Wohnen, öffentliche und private Dienstleistungen sowie Einkaufsmöglichkeiten in den Zentren unserer Städte zusammenzuführen. Der Einzelplan für den großflächigen Einzelhandel stand nach dem Kabinettsbeschluss im letzten Jahr bereits in der öffentlichen Beratung.

Die Rechtsverordnung dazu ist nach gründlicher Auswertung der zahlreichen Anregungen und Hinweise aus dem Beteiligungsverfahren für den April dieses Jahres vorgesehen. Dies sind nur einige Themen der Landesplanung. Braunkohlenplanung, Kraftwerkserneuerung sowie die Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn in Holland und Belgien kommen hinzu.

An dieser Stelle möchte ich ausdrücklich noch einmal schönen Dank an Hannelore Kraft und Michael Groschek sagen, dass sie in diesen Gesprächen mit unseren Nachbarn das Thema „Eiserner Rhein“ in Bewegung gesetzt haben.

(Robert Stein [PIRATEN]: Und die A46!)

Die Planungen von Trassen für die Energieversorgung und Pipelines stehen ebenfalls an. Länderübergreifende Raumordnung und die Beteiligung von NRW an der Fortschreibung eines bundesweiten Leitbildes zur Raumentwicklung in Deutschland sind ebenfalls wichtige Themen.

Das alles ist in den guten Händen der Staatskanzlei, dessen Einzelplan 02 mit dem Teilbereich „Landesplanung“ zur Abstimmung steht. Wir empfehlen Zustimmung.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. Sie haben es selbst erwähnt.

Das war Ihre erste Rede im Landtag Nordrhein-Westfalen. Dazu darf ich Ihnen im Namen des gesamten Hohen Hauses sehr herzlich gratulieren.

(Allgemeiner Beifall)

Weil es Ihre Jungfernrede war, haben wir Ihnen auch eine gute Minute draufgelegt.

(Rainer Christian Thiel [SPD]: Ich danke Ihnen!)

Das ist hier allerdings nicht die Regel, Herr Kollege. Das als Hinweis für Ihren nächsten Auftritt.

Jetzt erteile ich für die FDP-Fraktion Herrn Kollegen Ellerbrock das Wort. Bitte, Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Holger Ellerbrock (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Erwünschte Entwicklungen fördern, unerwünschte verhindern – das ist das Leitmotiv der Landesplanung, der Landesplanung als zentrales Steuerinstrument in der Staatskanzlei, okay. Wer diesen Leitsatz „Erwünschte Entwicklungen fördern, unerwünschte verhindern“ praktizieren will, der muss abwägen können. Das Abwägungsgebot ist systemimmanent. Wenn das verletzt wird, wird es rechtlich ausgesprochen schwierig.

Herr Thiel, ich habe Ihren Worten eben etwas entnommen, was die Staatskanzlei bislang noch nicht so veröffentlicht hatte, nämlich dass im Landesentwicklungsplan, Frau Ministerin – ich finde es richtig –, Pipelinetrassen in besonderem Maße gesichert werden und Berücksichtigung finden. Ich hatte das immer angemahnt und gesagt, darüber sollte man nachdenken. Dass das von den Kollegen von der SPD jetzt schon als Tatsachenbeschreibung dargestellt worden ist, lässt eine gewisse Hoffnung bei mir reifen, dass das mit den Kollegen aus der Landesplanung rückgekoppelt ist. Das ist richtig. Das ist ein guter Weg.

Nächster Punkt: Kollege Bergmann, ich habe Schwierigkeiten mit Ihrer Argumentation. Wir müssen zugestehen: In unserer Regierungszeit haben wir uns mit der Landesplanung und mit der Aufstellung des LEP schwer getan.

(Beifall von Herbert Franz Goldmann [GRÜNE])

Das muss man zugestehen.

Der nächste Punkt ist: Sie fordern auch in Ihrem Antrag, auf den Sie Bezug genommen haben, dass wir jetzt eine Grundsatzdiskussion über Ziele der Raumordnung und Landesplanung führen sollen. Wenn wir das verwirklichen wollten, würden wir letztendlich eine Gesetzesänderung anstreben, dann müssten wir das Landesplanungsgesetz ändern, und zwar aus folgendem Grunde: Die rechtliche Lage ist derzeit so, dass die Verwaltung einen Entwurf vorlegt, der durch einen Kabinettsbeschluss geädelt wird, der dann ins Beteiligungsverfahren

geht und zu dem am Ende des Prozesses der Landtag seine Zustimmung gibt.

Ich finde den Gedankengang von Ihnen gut, zu sagen: Lasst uns früher beteiligen. – Deswegen würde ich mich freuen, Frau Ministerpräsidentin, wenn wir diese ganze Diskussion dergestalt entspannen würden: Ich interpretiere jetzt die Aussagen des Chefs der Staatskanzlei im Wirtschaftsausschuss etwas frei, wo gesagt worden ist: Wir erwarten den Kabinettsbeschluss zum Landesentwicklungsplan um Ostern herum. Ostern heißt immer plus/minus einen Monat.

Wenn wir diesen Beschluss haben, dann wird der Landtag sofort darüber informiert und kann dann anhand einer Vorlage diskutieren und sagen, es wäre gut, im Beteiligungsverfahren dieses oder jenes zu berücksichtigen.

Frau Ministerpräsidentin, wenn Sie zusagen würden: „Jawohl, nach dem Kabinettsbeschluss wird der Landtag informiert“, wäre das in Ordnung.

(Beifall von der FDP)

Wenn wir über die Landesplanung diskutieren, heißt das: Ich will wissen, wohin. Aufgrund eines gewissen Spannungsverhältnisses innerhalb dieser Koalition ist sehr unklar, was man eigentlich will. Die Landesplanung ist nur so wirkungsvoll, wie sie sich durchsetzen kann. Deswegen kommt es auf die Zielvorstellungen an. Frau Ministerpräsidentin, wollen wir als Land Nordrhein-Westfalen Ja zu modernen neuen Kohlekraftwerken in Datteln sagen: ja oder nein?

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Es ist nicht richtig, sich dezent zurückzulehnen und zu sagen: Naja, da hat es eine Rechtsfortentwicklung gegeben. Deswegen gab es rechtliche Probleme. Jetzt müssen wir abwarten, bis die Gerichte irgendwie entscheiden. – Nein, auch der Verwaltungsrichter muss wissen, was die Zielrichtung der Landespolitik ist, was das Land will.

(Beifall von der FDP)

Deswegen müssen wir sagen: „Ja, wir wollen Datteln haben“, oder aber: „Nein, wir brauchen das nicht.“ Das ist auch eine Entscheidung. Darüber können wir uns streiten. Wir als FDP sagen Ja zu modernen Kohlekraftwerken.

(Beifall von der FDP)

Der nächste Punkt, NewPark, ist inhaltlich mit dem Kraftwerk Datteln verknüpft, weil dort Abwärme sinnvoll genutzt werden kann. Auch hier hätten wir von der Landesregierung eine klare Meinungsäußerung erwartet: Ja, wir stehen zu NewPark. – Wir hätten das auch durch eine letztendlich risikofreie Bürgschaft für die NewPark GmbH darstellen – immerhin 23 Gemeinden, zwei Kreise, eine Industrie- und Handelskammer – und für die Entwicklung von NewPark eine Bürgschaft über 17,5 Millionen geben

können, risikolos, weil dahinter landwirtschaftliche Flächen stehen, die man belasten kann.

(Beifall von Lothar Hegemann [CDU])

Wer NewPark will, hätte Ja dazu sagen können. Man kann das nachvollziehen, wenn wir die Bürgerschaft gegeben haben, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP)

Meine Damen und Herren, hier muss man wissen, was man will. Im Klimaschutzgesetz wird es ganz wild. Da kommt der Begriff eierlegende Wollmilchsau zum Tragen. Nach deutlicher Kritik an dem Klimaschutzgesetz mangels Abwägung – ich eben vom Abwägungsgebot zum Bereich der Landesplanung gesprochen – liest man in dem Entschließungsantrag einen in sich innewohnenden Widerspruch.

Einerseits fordert man, dass die Teile des Klimaschutzplans als Ziele und Grundsätze der Raumordnung festzulegen sind. Ziele unterliegen keiner Abwägung mehr. Jetzt kommt der nächste Satz, der das wieder zurückrollt: Die im Raumordnungsgesetz vorgesehene umfassende Abwägung aller Belange bei der Aufstellung der Raumordnungspläne bleibt erhalten. – Ich nenne das einen Formelkompromiss zur Verschleierung, da ich nicht weiß, was ich will. Will ich Ziel oder will ich nicht Ziel? Will ich eine Landesplanung haben oder nicht? Was mache ich? Das eine soll Ziel sein. Ziele müssen abgewogen werden. Diese Aussage, Ihre öffentliche Verschleierung ist ein Systemfehler. Das wabert im Unklaren. Eine Landesplanung kann nur so gut sein wie die Zielvorstellung. Erklären Sie sich! Ja zu Datteln! Ja zu NewPark! Ja zur Abwägung! – Danke schön.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Danke, Herr Ellerbrock. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erteile ich nun Herrn Kollegen Goldmann das Wort.

Herbert Franz Goldmann (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Ich finde es ausgesprochen schade, dass es gestern nicht zu der ursprünglich angesetzten Debatte zum Antrag der CDU „Unser Land braucht Entwicklung – Anforderungen an die Novelle der Landesplanung“ gekommen ist.

Einigen der in diesem Antrag formulierten Anforderungen hätte ich durchaus zustimmen können; zum Beispiel dass sinnvolle Ansiedlungen nicht an fehlender Fläche scheitern dürfen und dass es intelligenter Methoden zur Ausweisung neuer Flächen bedarf.

Andererseits haben Sie, Herr Dr. Bergmann, sowie die anderen Kolleginnen und Kollegen von der CDU

der Versuchung nicht widerstehen können, eine Konfliktlinie zur Landesregierung an diesem Thema aufmachen zu wollen.

Es geht Ihnen anscheinend vornehmlich darum, ein Versagen der Landesregierung zu konstruieren. Sie kritisieren, dass die Landesregierung offensichtlich nicht in der Lage sei, die von ihr seit beinahe drei Jahren angestrebte Novellierung der Landesplanung vorzunehmen. Dieser Vorwurf nimmt der Ernsthaftigkeit der von Ihnen formulierten Ansprüche leider deutlich die Wirkung.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich möchte an dieser Stelle insbesondere auf die umfassenden Ausführungen der Staatskanzlei im Rahmen der Sitzung des Wirtschaftsausschusses am 16. Januar verweisen, die allen Beteiligten vorliegen sollten. Diese machten deutlich, dass die Staatskanzlei auf einem guten Weg ist.

Die Landesregierung wird in den nächsten Wochen, sobald das Ressortabstimmungsverfahren beendet ist, den Kabinettsbeschluss zur Durchführung des Beteiligungsverfahrens fassen. Das gesamte Beteiligungsverfahren selbst ist, wie Sie wissen, auf rund zwölf Monate angelegt, sodass davon auszugehen ist, dass nach Auswertung aller Stellungnahmen der Gesamt-LEP in der zweiten Jahreshälfte 2014 beschlossen werden kann.

Dass die Ressortabstimmung aktuell noch nicht abgeschlossen ist, ist dem Anspruch geschuldet, dass es aus fachlicher und sachlicher Sicht unbedingt notwendig ist, zu einem Regelwerk zu kommen, das einem hohen Anspruch auf Rechtssicherheit der getroffenen Vorgaben gerecht wird.

Es hakt eben nicht an unüberwindbaren Problemstellungen in der Sache, wie Sie von der CDU es herbeizureden versuchen, sondern es ist das mühsame Arbeiten an rechtssicheren Texten und Formulierungen, die später gegebenenfalls einer verwaltungsgerichtlichen Überprüfung standhalten müssen.

Sie selbst führen aus, dass die Oberverwaltungsgerichtliche Teile des LEP aus 1995 und des LEPro für nicht wirksam erklärt haben und verlangen von der Staatskanzlei zu Recht die Sicherstellung von Planungs- und Investitionssicherheit.

Der rot-grünen Koalition kommt es darauf an, für die auf rund 15 Jahre angelegte Wirkungsdauer des LEP eine nachhaltige, soziale und wirtschaftlich ausgewogene Entwicklung des Landes durch verbindlich und konkret formulierte Grundsätze und Ziele sicherzustellen.

Für die Umsetzung dieses Ziels muss gelten: Qualität in der Aufstellung vor Schnelligkeit in der Verabschiedung.

(Vorsitz: Präsidentin Carina Gödecke)

Im Einzelplan 02 sind die Ausgaben für die Landesplanung mit insgesamt 2,12 Millionen € veranschlagt. Dieser Aufschlag in Höhe von 50.000 € gegenüber dem Ansatz von 2012 ist dem Umstand geschuldet, dass nach Kabinettsbeschluss für das Beteiligungsverfahren zusätzliche Vervielfältigungsausgaben anfallen werden, die der qualitativen Öffentlichkeitsbeteiligung dienen. Die Notwendigkeit dieser Ausgaben sollte fraktionsübergreifend unstrittig sein. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Goldmann. – Für die Fraktion der Piraten spricht Herr Kollege Marsching.

Michele Marsching (PIRATEN): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Zuschauer! Herr Dr. Bergmann, danke für die neue Rede. Beim letzten Mal hatte ja Herr Schmitz geredet. Ein wenig hatte ich befürchtet, dass wir uns wieder über unpünktliche Haushalte oder so etwas unterhalten müssten. Es freut mich außerordentlich, dass Sie über Landesplanung geredet haben und wir jetzt Stoff zum Diskutieren haben.

Grundsätzlich stimme ich Ihnen zu, was die Notwendigkeit der Landesplanung und der Aktualisierung des Landesentwicklungsplans angeht. Die ist wirklich lange überfällig. Ich werde nachher noch ein passendes Beispiel hierzu nennen.

Ich verstehe die Aussagen von Herrn Ellerbrock so, dass die FDP ebenso wie die CDU konstruktiv an diesem Prozess teilhaben möchte.

Zum Thema „Beteiligung“ möchte ich noch eine Anmerkung machen: Wie wäre es, wenn man nicht nur das Parlament beteiligt, sondern als Ausnahme auch einmal einen Teil der betroffenen Bürger mit ins Boot holt?

Herr Ellerbrock, es ist nicht lange her – von daher ist es vielleicht verständlich –, aber ein bisschen erinnerte mich Ihre Rede von heute an die letzte Rede. Ich habe sie mir nebenbei angeschaut; ich habe das Protokoll am Platz liegen. Einen Großteil der Rede hätte man einfach wiederholen können.

Ich verstehe, dass Sie vor allen Dingen von der Landesregierung Aussagen zu einzelnen Punkten fordern. Wie wäre es denn, wenn Sie einfach einmal die Bereitschaft, konstruktiv mitzuarbeiten, ganz klar herausstellen, sich klar positionieren und sagen: „Diesen Landesentwicklungsplan müssen wir zusammen auf ein solides Fundament stellen“?

Ich verstehe Ihre anderen Aussagen so, dass Sie genau dies wollen, und hoffe, dass wir das gemeinsam hinbekommen. Außerdem hoffe ich, dass meine Fraktion meiner Beschlussempfehlung folgt. Ich empfehle meiner Fraktion, dass sie sich bei diesem

Teil enthält und dass wir an dem Landesentwicklungsplan noch weiterarbeiten.

Eines ist klar: Ein Landesentwicklungsplan, der mit den Worten beginnt: „Das Land Nordrhein-Westfalen steht am Ende des 20. Jahrhunderts vor neuen und großen Herausforderungen“, kann nicht mehr aktuell sein und muss unbedingt überarbeitet werden.

(Beifall von den PIRATEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Marsching. – Für die Landesregierung spricht jetzt Frau Ministerin Dr. Schwall-Düren.

Dr. Angelica Schwall-Düren, Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nordrhein-Westfalen ist ein sehr dicht besiedeltes Land. Entsprechend dicht sind die konkurrierenden Ansprüche um die Nutzung des Raumes.

Zugleich müssen naturräumliche Gefährdungen und Restriktionen berücksichtigt werden, beispielsweise Überschwemmungsgebiete, die von Bebauungen freizuhalten sind, oder Grundwasservorkommen, die zur Trinkwasserversorgung gesichert werden müssen.

Deswegen ist in NRW eine dezidierte Steuerung der Raumnutzung besonders wichtig. Das drückt sich im Übrigen auch darin aus, dass die Raumplanung in den 1920er-Jahren im Ruhrgebiet erfunden wurde und dass die Ministerpräsidentin die Landesplanung in der letzten Legislaturperiode wieder in die Staatskanzlei zurückgeholt hat.

Inhalt der nachhaltigen Landesplanung sind übergreifende Ziele und Grundsätze. Das ist kein Formelkompromiss, Herr Ellerbrock. Es gibt Ziele, die klar beschrieben werden können, und Grundsätze, auf denen aufbauend Landesplanung erfolgen muss, und zwar zur räumlichen Struktur des Landes, zur Kulturlandschaftsentwicklung und zum Klimaschutz sowie für bestimmte Sachbereiche; beispielhaft will ich Siedlungsraum, Freiraum, Infrastruktur und Verkehr, Rohstoffversorgung sowie Energieversorgung nennen.

Meine Damen und Herren, angesichts dieser Spannweite können Sie sicher ermessen, dass hier viel Abstimmungsbedarf besteht und dass dieser Abstimmungsbedarf auch einen Zeitaufwand erfordert. Deswegen ist unser zentrales Projekt, einen einheitlichen Landesentwicklungsplan zu erstellen, damit in Zukunft das Planungssystem in NRW rechtssicherer, einfacher und übersichtlicher wird. Abgesehen von der materiellen Neuausrichtung müssen gestiegene Anforderungen an verbindliche, aber auch rechtssichere Festlegungen erfüllt werden.

Wir wollen den Weg im Dialog gehen. Das Erarbeitungsverfahren erfordert die Einbeziehung aller Kommunen, zahlreicher weiterer Beteiligter und der allgemeinen Öffentlichkeit. Wir wollen das Internet nutzen, und zwar die Möglichkeit einer elektronischen Onlinebeteiligung. Um das seriös machen zu können, brauchen wir sechs Monate. Das schließt natürlich nicht aus, dass auch Landtagsabgeordnete sich schon in dieser Phase an der Onlinekonsultation beteiligen. Ich kann aber selbstverständlich zusichern, dass ein Kabinettsbeschluss, der unter Einbeziehung aller Gesichtspunkte, die uns geliefert werden, gefasst wird, dann auch dem Landtag zugeleitet wird.

Meine Damen und Herren, was die Inhalte betrifft, will ich nur auf drei Aspekte eingehen.

Der Klimaschutz ist schon genannt worden. Sämtliche räumlichen Planungen sind darauf auszurichten, dass Klimaverträglichkeit und Energieeffizienz optimal umgesetzt werden können. Das gilt für viele Bereiche, selbstverständlich auch für die Energieerzeugung.

Ich will in diesem Zusammenhang auch gerne kurz auf das Kraftwerk Datteln eingehen.

Präsidentin Carina Gödecke: Frau Ministerin, entschuldigen Sie bitte, dass ich Ihren Redefluss unterbreche. Der Kollege Ellerbrock möchte Ihnen aber gerne eine Zwischenfrage stellen.

Dr. Angelica Schwall-Düren, Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien: Bitte schön, Herr Ellerbrock.

Holger Ellerbrock (FDP): Frau Ministerin, Sie sagten eben, Sie würden den Kabinettsbeschluss dann dem Plenum zur Verfügung stellen. Das wäre ein Missverständnis. Ich hatte angeregt, dass der LEP-Entwurf, der dem Kabinettsbeschluss zugrunde liegt,

(Dietmar Bell [SPD]: Fragen!)

dem Plenum zur Verfügung gestellt wird – nicht der Beschluss. Habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie das eigentlich so meinten?

Dr. Angelica Schwall-Düren, Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien: Das ist damit gemeint, Herr Ellerbrock.

Kurz zum Kraftwerksstandort Datteln: Der Regionalverband Ruhr führt derzeit ein Regionalplanänderungsverfahren durch. Nach Vorlage dieses Planes kann die Verbandsversammlung dann eine Entscheidung über den endgültigen Inhalt der Regionalplanänderung und einen möglichen Antrag auf ein Zielabweichungsverfahren treffen. Sollte der RVR dies tun, wird von der Landesplanungsbehör-

de in der Staatskanzlei zu prüfen sein, ob das Regionalplanänderungsverfahren die Grundzüge der Planung im aktuell geltenden LEP von 1995 berührt und ob eine Abweichung unter raumordnerischen Gesichtspunkten vertretbar ist.

Die Entscheidung über das Zielabweichungsverfahren erfolgt dann im Benehmen mit dem Wirtschaftsausschuss des Landtages. Sie sind also dabei. Im Augenblick können wir aber den konkreten Inhalt der Planänderung und des möglichen Antrags für das Zielabweichungsverfahren natürlich nicht vorhersagen.

Ich komme zum Landesentwicklungsplan zurück. Die nachhaltige Raumordnung wird zukünftig im Rahmen des rechtlich Möglichen ihren Beitrag dazu leisten, dass Klimaschutzziele auch in der Raumordnung berücksichtigt werden.

Das gilt zum Beispiel für die Windenergie. Dort wollen wir im Dialog mit den Menschen den Ausbau mit regional- und landesplanerischen Mitteln voranbringen.

Das gilt auch für das wichtige Thema einer flächensparenden Siedlungsentwicklung. Der neue LEP soll in der Tat dazu beitragen, dass der Flächenverbrauch für Siedlungs- und Gewerbeflächen zulasten der Landwirtschaft und des Freiraums von derzeit 15 auf 5 ha pro Tag und langfristig auf null zurückgeführt wird. Das ist dringend notwendig, meine Damen und Herren. Schon 1995 wurde in einer Enquetekommission des Deutschen Bundestages, deren Mitglied ich war, skizziert, welche verheerenden Probleme entstehen, wenn wir dieser Entwicklung nicht Einhalt gebieten. Wir brauchen hier die Innenentwicklung und die Wiedernutzung von Brachflächen. Sie müssen Vorrang haben.

Lassen Sie mich ein Letztes sagen – meine Redezeit ist zu Ende –, weil heute erneut die Frage des großflächigen Einzelhandels angesprochen worden ist, die wir anlässlich des Antrags der CDU hier schon einmal debattiert haben. In diesem Fall müssen wir das Dringliche vorrangig erledigen. Bei der perspektivischen Planung geht aber in der Tat Qualität vor Schnelligkeit. Wir wollen die Akteure und Betroffenen vor Ort, die Bürgerinnen und Bürger, mitnehmen, damit wir am Ende eine gute Landesplanung zustande bekommen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Die Ministerin hat ihre Redezeit um zwei Minuten überzogen. Gibt es bei den Fraktionen den Wunsch, noch einmal zu reden? – Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Beratungen zum Teilbereich „Landesplanung“ des Einzelplans 02.

Nun rufe ich den

Teilbereich Europa und Eine Welt

auf und erteile für die CDU-Fraktion Herrn Kollegen Jostmeier das Wort.

Werner Jostmeier (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer hier im Plenarsaal! Es handelt sich bei diesem Titel um einen Haushalt von 12,8 Millionen €. Das sind gut 0,5 Millionen € weniger als im Jahr zuvor.

Meine Damen und Herren, für die CDU sind bei diesem Haushalt drei Punkte wichtig: Zum einen erleben wir verstärkt in den vergangenen Jahren, dass die Förderung der konkreten Hilfsprojekte durch das Land Nordrhein-Westfalen auch in den Partnerregionen, die das Land Nordrhein-Westfalen hat, gekürzt wird. Stattdessen sollen diese Gelder immer mehr in Projekte zur Bildungsförderung, in Beratungsstellen, in Eine-Welt-Gruppen und entsprechende Initiativen fließen.

Ich will jetzt gar nicht den Begriff der „rot-grünen Spielwiesen“ gebrauchen, weil ich weiß, dass in diesem Bereich sehr aktive, sehr engagierte Menschen tätig sind. Ich sage aber für die CDU: Wir halten es für völlig falsch, sogar für verantwortungslos, die konkreten Hilfsprojekte immer weiter zu kürzen. Wir haben in der Vergangenheit sehr viele Projekte gehabt, unter Johannes Rau im Baltikum, zu unserer Regierungszeit in Ungarn. Wenn der eine oder andere an der Delegationsreise der evangelischen Kirche nach Südafrika zur Partnerprovinz Mpumalanga teilgenommen hätte, hätten Sie feststellen können, wie man mit 3.000 € bis 5.000 € eine mobile Krankenstation in einem Gebiet, wo es wirklich Bedürftige gibt, unterstützen und finanzieren könnte.

Der Kirchenrat Krebs – wir haben es in der vergangenen Woche gehört – hat die Kollekte seines Verabschiedungsgottesdienstes für eine solch dringende zusätzliche Station verwandt.

(Beifall von Karlheinz Busen [FDP])

Meine Damen und Herren, Frau Ministerin, ich würde mich sehr freuen, wenn Sie diese Prioritätensetzung noch einmal überprüfen würden. Wir wissen doch beide ganz genau, wem diese zusätzlichen Gelder, die in die Bildungsveranstaltung in Nordrhein-Westfalen fließen, dann zugute kommen. Das sind in der Regel Ihre Netzwerke, Ihre Klientel. Wir halten diese Politik für falsch.

(Beifall von der CDU)

Punkt zwei. Ich spreche die europäischen Strukturfonds an. Das Land Nordrhein-Westfalen hat in den Jahren 2007 bis 2013 einen Betrag von 2,4 Milliarden € bekommen. In der nächsten Förderperiode 2014 bis 2020 werden wir knapp eine Million Euro weniger bekommen.

52 % dieser Gelder sind von der Kommission vorgegeben für die drei Säulen KMU – also Klein- und Mittelbetriebe –, für die Innovation und für die Umwelt. Mit diesen Geldern wird das Ruhrgebiet problemlos aufgrund der besonderen Förderkulisse bis 2020 gefördert. Das ist auch so in Ordnung. Nur, diese Förderkulisse wird zu 50 % von der Europäischen Union finanziert und zu weiteren 50 % sind das Gemeinschaftsaufgaben, also der Bund finanziert. Das Land beteiligt sich an dieser Strecke nicht. Wir haben in den vergangenen Jahren dafür gesorgt, dass von diesen Geldern das ganze Land Nordrhein-Westfalen, alle Regionen profitieren konnten.

Die Kommission bietet Ihnen eine vierte Säule an, nämlich die Strukturpolitik. Mit dieser Strukturpolitik könnten Sie auch Gegenden fördern wie zum Beispiel Ostwestfalen, wenn Standorte der Bundeswehr geschlossen werden, oder wenn im Kreis Steinfurt beispielsweise die Bundeswehr abzieht oder wenn die Zeche Ibbenbüren geschlossen wird. Diese Projekte haben für uns, für den ländlichen Raum, die gleiche Bedeutung wie die Schließung des Opelwerkes in Bochum.

(Beifall von der CDU)

Da darf sich das Land Nordrhein-Westfalen nicht der Möglichkeit begeben zu helfen. Wir hören aus dem Wirtschaftsministerium von den Bemühungen, dass man diese vierte Säule unterstützen will. Ich hätte die herzliche Bitte, dass Sie die Frage hier beantworten, ob Nordrhein-Westfalen an dieser vierten Säule in den nächsten fünf Jahren teilnimmt.

Punkt drei. Connecting Europe Facilities, die sogenannten Fernverbindungen. Wir waren in der vergangenen Woche mit dem Fachausschuss bei der Kommission. Da ist uns bestätigt worden, dass die Projektliste viereinhalb Seiten der Europäischen Union Bestand hat. Das sind 29 Milliarden €. Da ist ein Projekt auch für Nordrhein-Westfalen aufgeführt, nämlich die Zweigleisigkeit der Strecke Münster-Lünen. Jetzt weiß ich, dass sowohl der bisherige Verkehrsminister als auch seine Vorgänger die Zweigleisigkeit dieser Strecke dringend gefordert haben. Ich habe die ganz herzliche Bitte an das Land Nordrhein-Westfalen: Nehmen Sie bitte die Chance dieser 30-prozentigen Förderung durch die Europäische Union wahr.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Es gilt das Windhundverfahren. Wer zuerst kommt, mahlt zuerst. Bislang hat sich Nordrhein-Westfalen nicht beteiligt. Nordrhein-Westfalen hat nicht die Hand gehoben. Ich weiß, dass der Bund mitspielen muss. Aber das Land Nordrhein-Westfalen muss seine Hausaufgaben machen und sagen: Wir wollen dieses Projekt.

Präsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Werner Jostmeier (CDU): Ich komme zum Schluss. – Ich habe die ganz herzliche Bitte an diejenigen, die nach mir kommen, ich denke, das werden Markus Töns, Frau Asch und auch Sie, Frau Dr. Schwall-Düren, sein. Folgen Sie nicht einfach pauschal den Vorgaben von oben und sagen: An allem trägt der Bund die Schuld, der Schwarze Peter ist stets nach Berlin zu schieben. Ich bitte Sie, reagieren Sie auf diese drei Punkte. Wir würden uns freuen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Jostmeier. – Für die SPD-Fraktion spricht der Kollege Töns.

Markus Töns (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Und er hat es schon wieder getan, der Herr Jostmeier. Lieber Werner Jostmeier, du hast es schon wieder gemacht. Du hast Punkte gesucht, die zum Teil nichts mit diesem Haushaltsplan an der Stelle zu tun haben. Du hast Punkte gesucht, die in dem Zusammenhang, in dem du sie genannt hast, auch nicht zutreffend sind. Darauf werde ich gleich noch eingehen.

Aber eine Bemerkung vorweg. Du hast gesagt, lieber Werner Jostmeier, völlig falsche Politik, verantwortungslos, gerade was die Hilfsprojekte betrifft, was Mpumalanga betrifft. Man kann – das muss man auch deutlich sagen – als Land Nordrhein-Westfalen Entwicklungspolitik machen. Das tun wir. Aber man kann nicht alles über die Entwicklungspolitik des Landes retten und machen. Das muss man einfach wissen.

(Zuruf von Werner Jostmeier [CDU])

Ich will an diese Stelle die Kollegin Ilka von Boeselager zitieren, die im Ausschuss ausdrücklich gesagt hat, ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin: Wir wissen, es muss gespart werden, sind aber mit diesem Haushalt 2013 sehr zufrieden. Ich weiß jetzt nicht, woher die Kritik an dieser Stelle noch kommen soll.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Zweiter Punkt. Förderpolitik: Auf die Kritik, alles fließe ins Ruhrgebiet, gehe ich jetzt auch noch einmal ein. Es ist mitnichten so. Die Antwort auf die Kleine Anfrage von Werner von Jostmeier, von Werner Jostmeier hierzu – jetzt hätte ich dich beinahe zu einem „Von“ gemacht – war doch, dass nur 36 % ins Ruhrgebiet fließen. Damit ist in dieser Förderperiode doch gewährleistet – das wird in der nächsten Förderperiode nicht anders sein –, dass das gesamte Land Nordrhein-Westfalen davon profitiert.

An diesem Punkt möchte ich auch Folgendes noch einmal ansprechen: Was ist denn mit dem ELER? Was ist denn mit dem dritten Fonds, über den wir an

dieser Stelle nie reden? Er ist genauso zur Entwicklung des ländlichen Raums da und nicht nur zur Agarsubventionierung. So ist das nämlich.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Kommen wir doch wieder zum Thema zurück: Seit dem Regierungswechsel 2010, meine Damen und Herren, bekommen Europapolitik und Eine-Welt-Politik wieder den Stellenwert, den diese Politikfelder verdienen. Bei meiner Haushaltsrede im Jahr 2012 sagte ich es schon: NRW macht endlich wieder Europapolitik und nutzt seinen Sachverstand in europäischen Fragen.

Die Landesvertretung in Brüssel ist gut aufgestellt, um ihre Rolle als sogenannter Botschafter NRWs wahrzunehmen. Gerade diese Rolle ist vor dem Hintergrund der Bedeutung Nordrhein-Westfalens und Europas sowie der wachsenden Aufgaben, die von der EU auf uns zukommen, von großer Wichtigkeit. Die Landesvertretung ist wieder das, was sie sein muss, eine Frühwarnbehörde, die wir in Nordrhein-Westfalen brauchen.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Wir stärken die Europaschulen, wir entwickeln die internationale Zusammenarbeit weiter, wir verstärken die Beziehungen zum Benelux-Raum, wir intensivieren die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Regionalen Weimarer Dreieck.

Von besonderer Bedeutung ist auch in diesem Haushalt jedoch die Europafähigkeit der Kommunen. Gerade die Städte und Gemeinden müssen weiter für die Anforderungen fit gemacht werden, die in Europa auf sie warten. Eine Landesregierung darf die Kommunen bei der Bewältigung dieser Aufgaben nicht alleine lassen.

Darüber hinaus stärken wir auch die Landesverwaltung in europapolitischer Hinsicht. Es macht eine moderne Landesverwaltung heute aus, dass sie ihre Europafähigkeit erhält und ausbaut.

Auch in der Eine-Welt-Politik werden wir unserer Verantwortung gerecht, obwohl in diesem Politikfeld gespart werden muss, allerdings mit Augenmaß und Verstand. Die Zusammenarbeit mit den Regionen Mpumalanga und Ghana wird weitergeführt. Die Koordinatorenprogramme sind uns wichtig. Die Landesregierung unterstützt auch die Initiativen zum fairen Handel. So werden wir darauf achten, dass auch weiterhin von Nordrhein-Westfalen wichtige entwicklungspolitische Impulse ausgehen. Dies geschieht trotz des Sparzwangs, den wir uns selber auferlegt haben; denn – das möchte ich an dieser Stelle dann doch noch einmal betonen – manchmal ist weniger auch mehr.

Oder, anders gesagt: Weniger Geld ist nicht immer weniger Wirkung, meine Damen und Herren. Um an dieser Stelle mit Erlaubnis der Präsidentin die Ministerin für Bundesangelegenheiten und Europa zu zitieren:

Es muss nicht immer alles anders gemacht werden. Wir wollen aber versuchen, es besser zu machen. ... Die Koordinierung, Modernisierung und Aktivierung bislang ungenutzten Potenzials gewinnt an Bedeutung, und das mit nicht mehr Personal,

– das muss man dazu ja auch noch sagen –

sondern mit einem soliden Haushaltsentwurf 2013.

Das alles zeigt: Wir sind auf dem richtigen Weg. – Glück auf!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Töns. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Ellerbrock.

Holger Ellerbrock (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Europahaushalt, relativ klein in der Summe, ist ebenso wie Europa hinsichtlich der Bedeutung nicht zu unterschätzen. Ich habe es gestern Abend schon gesagt: Europa ist mehr als ein einheitlicher Finanztransaktionsraum. Europa ist eine Wertegemeinschaft.

Jeder Haushaltseuro, den wir in die Beziehungen mit unseren Nachbarländern geben, ist ein gut angelegter Euro; denn die wechselseitige Kommunikation, das wechselseitige Verständnis und das Kennen der Positionen der anderen sind sehr wichtig. Deshalb möchte ich bei aller Kritik im Einzelnen, auf die ich noch kommen werde, ausdrücklich Kapitel 02 030 – Europa –, Verbesserung der Europafähigkeit des Landes, von der Kritik ausnehmen. Es ist gut, was da gemacht wird. Das führen Sie fort. Darüber braucht man nicht zu reden, das ist in Ordnung.

(Beifall von der FDP und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir haben als FDP die Leitlinie, dass wir die Erfüllung von Wünschen nicht kreditfinanzieren wollen. Gerade bei sprudelnden Steuerquellen müssen wir mit dem vorhandenen Finanzpotenzial auskommen. Insofern gibt es doch einzelne Positionen – durchaus auch in anderer Wertung als beim Kollegen Jostmeier –, bei denen wir fragen: Ist es richtig, dass wir das Geld hierfür ausgeben?

Kollege Töns, die Leitlinie, weniger könne manchmal mehr sein, weniger könne sogar zu mehr Effizienz führen, teile ich ausdrücklich. Vielleicht werden Sie den Gedanken, die wir gleich vortragen werden, folgen können.

Es ist im Haushalt auch gelungen, die Auslandsprojekte zurückzufahren. Wir begrüßen das, wobei wir nicht unbedingt immer wissen, welcher Ursachenzusammenhang zwischen dieser Strategie und der Kürzung der Ansätze bei den Titeln besteht. Dar-

über werden wir im Ausschuss sicherlich noch reden können. Ich bin gespannt auf die Aussagen dazu.

Der Titel für die EU-Auslandsbeziehungen des Landes wurde 2011 hochgefahren und 2012 auf hohem Niveau belassen. Diese Mittel dienen dazu, dass man Beziehungspflege mit regelmäßigen Konferenzen und Workshops betreibt; das hört sich ja gut an. Man kann das vom Inhalt her auch etwas flapsiger sagen, heiße Luft oder nichts Substanzielles, Genaues weiß man nicht. Denn die Mitteilungen darüber, was aus diesen Workshops und diesen Konferenzen herausgekommen ist, sind manchmal wohl sehr beredt, jedoch vom Inhalt, den man suchen muss, sehr mager.

Dann gibt es den Titel kommunale Entwicklungszusammenarbeit mit nur 270.000 €. Das hört sich ja alles gut an. Wer die Haushaltssituation der Kommunen kennt, weiß doch, dass schon die bestehenden Städtepartnerschaften, die bestehenden Beziehungen, ausgesprochen schwer zu finanzieren sind.

Man muss sogar leider sagen: Je mehr Städtepartnerschaften, desto weniger Inhalt. Denn man unterschreibt einmal die Urkunde, besucht sich wechselseitig und versichert sich des guten Willens. Damit hat es sich dann. Da ist weniger, Kollege Töns, wirklich mehr. Auch diesen Titel sollten wir zugunsten anderer Dinge streichen, auf einem bestimmten Niveau bleiben und nicht goldene Verlockungen schaffen. Wir sollten froh sein, die bestehenden Städtepartnerschaften durchzubringen.

Eine gänzlich andere Meinung als Sie, Kollege Töns, habe ich zu den Koordinatoren der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit. Das ist eine Nummer! Es heißt: Die Koordinatoren geben Anstöße für global verantwortliches vernetztes Denken und Handeln. Sie thematisieren die Fragen der Entwicklungszusammenarbeit in der Öffentlichkeit, interessieren für eine weltoffene Gesellschaft und aktivieren ein Eine-Welt-Engagement. – Wer könnte dem widersprechen? Keiner. Das ist alles gut gemeint: Der Mensch ist hilfreich, gut und edel. Heraus kommt nichts.

Sehen wir uns die Zahlen an. Wir geben für 24 Koordinatoren eine knappe Million Euro aus. Dividiert man durch 24, ergibt das einen Zuschuss von 37.000 € pro Koordinator. Das sind 3.000 € im Monat. Dafür muss Mutter lange stricken und ein Familienvater lange arbeiten. Das wird hier zusätzlich reingeblasen.

Was ist das Ergebnis? Eine Ansammlung von Gutmenschen ohne Realitätsbezug, auf Alimentierung angewiesen, verbrät dieses Geld.

(Widerspruch von der SPD und von den GRÜNEN)

Sie, Frau Asch, mögen dazu eine andere Darstellung vorbringen. Sie mögen dazu eine andere Mei-

nung haben. Meine Liberalität zielt darauf ab, dass ich mir das auch anhöre. Ich halte aber von dieser Brüllerei nichts.

(Zuruf von den GRÜNEN)

– Herr Kollege, das ist Ihre Art der Diskussion. Auf dieses intellektuelle Niveau möchte ich mich gar nicht begeben. Da haben wir schon andere Inhaltsansprüche. – Schönen Dank.

(Beifall von der FDP)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Ellerbrock. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Kollegin Asch.

Andrea Asch (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Besucherinnen und Besucher! Zunächst einmal zum Kapitel „Europa“ dieses Haushaltes. Der Europa-Haushalt ist jetzt sogar von der Opposition gelobt worden. Recht so! Er setzt die richtigen Schwerpunkte, und er stellt für unsere Partnerinnen und Partner sowie für die Arbeit der Landesvertretung in Brüssel eine stabile Finanzstruktur dar.

Uns ist es wichtig – so steht es auch im Koalitionsvertrag –, dass die Kommunen in ihren Europaaktivitäten gestärkt werden. Dafür steht das Leitprogramm zur Förderung der Europaaktivitäten der Kommunen. Wir wollen damit sicherstellen, dass die Kommunen stärker in die Lage versetzt werden, sich an europäischen Förderprogrammen zu beteiligen, ihre Interessen besser in europäische Entscheidungsprozesse einzubringen und ihre Bürgerinnen und Bürger in dem notwendigen Engagement für das Projekt „Europa“ noch besser unterstützen zu können.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Mit dem Eine-Welt-Haushalt wird deutlich, meine Damen und Herren: Wir als Land Nordrhein-Westfalen übernehmen globale Verantwortung. Das heißt, wir richten – vielleicht hören Sie gut zu, Herr Ellerbrock – unsere Politik in dem Bewusstsein aus, dass es unser Lebensstil, unsere Art zu wirtschaften, unsere westliche Überfluggesellschaft und unser Hunger nach Energie sind, die ganz direkte Auswirkungen auf das Leben der Menschen im globalen Süden – das heißt, auf das Leben der armen Länder – haben. Im Sinne dieser globalen Solidarität richten wir unsere Eine-Welt-Politik aus.

Ein Meilenstein dieser Politik ist die neue Eine-Welt-Strategie der Landesregierung, die die sehr dünnen entwicklungspolitischen Leitlinien von Schwarz-Gelb ablöst. Damit kommen wir in Nordrhein-Westfalen in der Eine-Welt-Politik einen großen Schritt voran. Eine ganz wesentliche Markierung dieser Eine-Welt-Strategie ist, dass wir globale Verantwortung als Querschnittsaufgabe – über alle Politikfelder, über alle Ressorts dieser Landesregierung hinweg – de-

finieren. Wir berücksichtigen sie damit in allen Politikbereichen.

Es werden sechs Handlungsfelder in der Eine-Welt-Strategie definiert. Ich will sie jetzt hier nicht alle nennen. Sie entsprechen aber den dringlichsten Handlungsnotwendigkeiten sowie unseren Kompetenzen, die wir in Entwicklungspartnerschaften an unsere Partnerländer weitergeben möchten.

Ich möchte zwei exemplarisch herausgreifen. Das eine ist die Klimapolitik. Hier haben wir als Land Nordrhein-Westfalen besondere Kompetenzen im Bereich der regenerativen Energien. Es ist besonders wichtig, da einen Know-how-Transfer zu den Partnerländern zu leisten; denn wir wissen, dass vor allem die armen Länder des Südens besonders vom Klimawandel – von Überschwemmungen und großen Dürreperioden – betroffen sind: Dafür haben wir eine ganz besondere Verantwortung.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Ich komme zu dem, worüber sich die FDP-Fraktion hier schon seit Jahren – das hat sie übrigens schon in der schwarz-gelben Koalition getan – aufregt, nämlich zur entwicklungspolitische Bildungsarbeit sowie zur Zusammenarbeit und Stärkung der Strukturen vor Ort. Herr Ellerbrock, ich würde Ihnen empfehlen, hier nicht nur theoretisch über diesen Bereich zu reden und ihn – das machen Sie mit ihrer despektierlichen Wortwahl – herabzuwürdigen. Das Wort „Gutmenschen“ ist zu Recht zu einem der Unworte der letzten Jahre erklärt worden. Es ist despektierlich, wie Sie hier über großes, zumeist ehrenamtliches Engagement vieler, vieler Menschen – das sind Tausende – hier in Nordrhein-Westfalen sprechen.

(Beifall von den GRÜNEN, der SPD und den PIRATEN)

Das, was Sie hier so kritisieren, bedeutet, dass diese ehrenamtliche Struktur gestärkt und vernetzt wird. Es wird damit versucht, diese ehrenamtliche Arbeit effektiver zu machen und ein Stück weit zu professionalisieren. Da ist Ignoranz Ihrerseits. Ich möchte Ihnen empfehlen, dass Sie sich vor Ort ansehen, was in diesen Initiativen geleistet wird. Schauen Sie sich an, was die vielen Kirchengemeinden, Initiativen vor Ort und Schulen in Bezug auf Partnerschaften leisten. Wenn Sie das machen würden, würden Sie aufhören, hier derart herabwürdigend über diesen Bereich zu sprechen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Wir sind froh, dass wir das, was es an Kürzungen in diesem Bereich gab – insgesamt hat Schwarz-Gelb 2 Millionen € herausgekürzt –, zum Teil wieder kompensieren konnten.

Wir, Rot-Grün, haben – Werner Jostmeier hat das vorhin kritisiert – die Kürzungen, die CDU und FDP übrigens auch bei der Unterstützung der Projekte vorgenommen hatten, wieder zurückgenommen. Ich

kann überhaupt nicht verstehen, lieber Werner, wie du hier hingehen, einfordern und reklamieren kannst, dass die Projekte nicht genügend finanziert werden. Wir haben das zurückgenommen, was genau in diesem Bereich von Schwarz-Gelb an unverantwortlichen Kürzungen vorgenommen wurde.

(Beifall von den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Andrea Asch (GRÜNE): Wie wichtig gerade die Partnerschaften in Mpumalanga und Ghana sind, die wir fortführen wollen, haben wir bei unserer Reise gesehen, an der alle Fraktionen beteiligt waren. Ich bin sehr froh, dass die Landesregierung bzw. die zuständige Ministerin, Frau Schwall-Düren, diese Partnerschaft mit Mpumalanga fortführen wird.

Präsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit!

Andrea Asch (GRÜNE): Wir zeigen mit dem Eine-Welt-Haushalt, dass Gerechtigkeit für uns nicht nur hier im Land ein zentrales Thema ist, sondern dass zur rot-grünen Agenda ebenso die globale Gerechtigkeit gehört. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Asch. – Für die Piraten spricht Herr Kollege Kern.

Nicolaus Kern (PIRATEN): Danke schön. – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer hier im Saal und zu Hause! Kaum drei Monate nach den letzten Haushaltsdebatten diskutieren wir heute erneut über die Haushaltsmittel für Europa und die internationale Zusammenarbeit. Was damals galt, gilt für uns Piraten auch heute: Die Überwindung der europäischen Krise kann nur in einer Rückbesinnung auf die Belange der Bürger in Europa liegen.

(Beifall von den PIRATEN)

Europa muss in den Regionen nah am Bürger und direkt-demokratisch stattfinden. Nordrhein-Westfalen muss hier den richtigen Kurs setzen und voranschreiten. Auf die konkrete und zielstrebige Umsetzung dieses Kurses warten wir allerdings noch heute, Frau Ministerin. Seitens der Landesregierung hat sich in diesem Bereich in den letzten Monaten eigentlich nichts getan, sieht man vielleicht von der verspäteten Vorstellung der neuen Eine-Welt-Strategie ab, einem leicht einschläfernden Papier mit vielen Allgemeinplätzen zur internationalen Zusammenarbeit.

Quintessenz: Die Landesregierung will ihrer Vorreiterrolle im Rahmen der globalen Verantwortung gerecht werden. Aber genau in diesem Bereich wird nun ein erheblicher Teil der schon bescheidenen Mittel gekürzt. Internationale Vorreiterrolle und Minimalbudget, wie passt das zusammen? Man bedenke, wir reden hier von Haushaltseinsparungen im Promillebereich, die aber NRW international viel Ansehen kosten können.

Im Bereich „Europa“ des Einzelplan 02 will die Landesregierung die Mittel zur Förderung der Europafähigkeit der Kommunen erhöhen. Dies begrüßen wir Piraten ausdrücklich. Die Landesregierung begründet den Zuwachs mit der steigenden Anzahl von Projektanträgen aus den Kommunen. Entscheidend ist aber nicht das reine Fördervolumen, sondern die Qualität der geförderten Projekte. Hier muss die Landesregierung nun auch Fakten auf den Tisch legen.

Dennoch: Wir Piraten bewerten den Haushaltsansatz für den Bereich Europa insgesamt als gelungen. Als größte Wirtschaftsregion innerhalb der Europäischen Union darf Nordrhein-Westfalen die Einflussmöglichkeiten auf Brüssel in der Tat nicht reduzieren. Entscheidend sind aus unserer Sicht aber die Teilhabe und das daraus erwachsene Verständnis der Bürgerinnen und Bürger an den europäischen Prozessen. Zum Beispiel muss die Arbeit des Ausschusses der Regionen hier transparenter gestaltet und stärker in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt werden.

(Beifall von den PIRATEN)

Wir Piraten bleiben dabei: Die europa- und entwicklungspolitische Grundausrichtung der Landesregierung ist begrüßenswert. Wir werden sie an der Qualität ihrer Politik und nicht an der Höhe der ausgegebenen Haushaltsmittel messen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den PIRATEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Kern. – Für die Landesregierung spricht jetzt erneut Frau Ministerin Dr. Schwall-Düren.

Dr. Angelica Schwall-Düren, Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Redezeit ist leider so extrem kurz, dass ich im Grunde genommen gar nicht auf alle Dinge eingehen kann, die Sie hier vorgetragen haben.

(Christof Rasche [FDP]: Das ist für uns alle so!)

Deswegen verweise ich auch auf das Protokoll aus dem Ausschuss Europa und Eine Welt, wo ich ja etwas ausführlicher unsere Politik darstellen konnte.

Ich will nur als Überschrift noch einmal unterstreichen, dass Europa nach wie vor in Schwierigkeiten

ist; das haben nicht zuletzt die Ergebnisse der Wahlen in Italien gezeigt. Die Europaskepsis steigt allenthalben auch in unserem Land. Hier gebe ich Ihnen völlig recht, Herr Kern: Wir müssen dafür sorgen, dass dieses Europa nicht nur transparenter, sondern auch demokratischer und sozialer wird. Ein Großteil unserer Aktivitäten ist auch in diese Richtung ausgerichtet. Herr Töns hat das vorhin schon sehr gut dargestellt.

Herr Kern, Sie sind ja bei der einen oder anderen Aktivität dabei gewesen. Ich hatte bisher nicht den Eindruck, dass Sie das alles so schlecht fanden. Aber ich bin gerne bereit, auch Hinweise auf die Verbesserung der Qualität von Ihnen entgegenzunehmen.

Ich muss nun auf einige Dinge eingehen, die Herr Jostmeier angesprochen hat. Da wir hier heute nicht die EU-Strukturfonds diskutieren, nur so viel: Wir haben eine Kürzung um 20 bis 25 % zu erwarten; diese Kürzung, die alle Bereiche betreffen wird, haben nicht wir, diese Landesregierung, zu verantworten. Hier hat die Bundesregierung in einer Weise verhandelt, dass auch das Interesse unseres Landes geschädigt wurde.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Was die Mittel anbelangt, Herr Jostmeier, so können sie nach wie vor in allen Regionen Verwendung finden, wenn sie den Prioritätsachsen unserer Politik entsprechen. Da ist es auch nicht ausgeschlossen, dass ein ehemaliger Bundeswehrstandort einbezogen wird; damit gibt es überhaupt kein Problem. Nur müssen es dann auch Projekte sein, die sich in eine nachhaltige innovative Entwicklung unseres Landes einordnen.

Präsidentin Carina Gödecke: Frau Ministerin, ich muss Sie leider schon wieder unterbrechen. Diesmal möchte Frau von Boeselager Ihnen eine Zwischenfrage stellen.

Dr. Angelica Schwall-Düren, Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien: Bitte sehr, Frau von Boeselager.

Ilka von Boeselager (CDU): Frau Ministerin, es ist zwar richtig, was Sie gesagt haben, dass die Strukturmittel für Deutschland insgesamt gekürzt werden. Aber stimmen Sie dem Wirtschaftsminister zu, der in der letzten Ausschusssitzung ausdrücklich betont hat, dass für Nordrhein-Westfalen sogar mehr Mittel zur Verfügung stünden?

Dr. Angelica Schwall-Düren, Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien: Frau von Boeselager, ich fürchte, da haben Sie etwas missverstanden. Wir haben einen höheren Anteil, bezogen auf die Verteilung zwischen den Bundeslän-

dern, als in der Vergangenheit; aber das heißt nicht, dass wir in der Summe mehr hätten, weil so viel gekürzt wurde. Von daher müssen wir mit dieser Kürzung umgehen.

Ich will zu dem Projekt eines zweigleisigen Ausbaus der Strecke Münster–Lünen etwas sagen, Herr Jostmeier. Im Wirtschaftsausschuss des Europäischen Parlaments ist dieses Projekt ganz offensichtlich angemeldet worden. Aber der eigentliche Akteur ist die Bundesregierung. Und gegenüber der Bundesregierung, wie Ihnen Minister Groschek in einem Brief im Januar schon mitgeteilt hat, haben wir mit Nachdruck immer wieder betont, wie wichtig wir dieses Projekt finden. Dies gilt übrigens auch für mich persönlich; auch das wissen Sie sehr genau. Schließlich ist es die Bundesregierung, die Projekte anmelden muss. Insofern können Sie noch etwas Gutes tun, wenn Sie dort entsprechend Zustimmung schaffen.

Auf die Hilfsprojekte komme ich bei meinen Ausführungen zu den internationalen Angelegenheiten zurück.

Mit diesem Haushalt wird klar, dass wir Zeichen für Kontinuität und Verlässlichkeit in der Eine-Welt-Politik und der internationalen Zusammenarbeit setzen. Aber es ist richtig, dass in diesem Jahr 2013 der Ansatz um fast 790.000 € niedriger liegt. Auch wir in der Staatskanzlei mussten dazu unseren Anteil leisten, obwohl der Haushalt damit – da gebe ich Herrn Kern völlig recht – nicht saniert werden kann.

Ich will, da hier sehr unterschiedliche Kritik geäußert wurde, auf den einen oder anderen Einzelpunkt eingehen. Im Bereich der entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit im Inland – das ist auch kritisiert worden – haben wir die Möglichkeit gefunden, über die Stiftung Umwelt und Entwicklung künftig weiterhin Projekte in gleichem Umfang zu unterstützen, und wie Frau Asch kann ich nur betonen: Wenn wir in diesem Land Zustimmung für Entwicklungszusammenarbeit bekommen wollen, dann müssen wir diese Bildungsarbeit betreiben.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Dann müssen die Menschen verstehen, dass unsere Konsum- und Lebensstile und unsere Politik mit der Einen Welt zusammenhängen.

In der Gesamtbetrachtung führen die Kürzungen, die wir durchgeführt haben, aber nicht zu einem nachlassenden Engagement des Landes. Wir haben uns natürlich gefragt: Bleibt Nordrhein-Westfalen international handlungsfähig? Können wir unseren Verpflichtungen für die internationale Zusammenarbeit und die Eine-Welt-Politik nachkommen? Können wir auch noch zukünftig Akzente setzen und Anregungen und Impulse geben?

Alle drei Fragen können wir mit Ja beantworten. Die landeseigenen Eine-Welt-Programme, die ein Mar-

kenzeichen des Landes sind, werden allesamt fortgeführt und unterstreichen auch weiterhin die tonangebende Rolle NRWs im Konzert der Länder im Bereich der Eine-Welt-Politik.

Die Zusammenarbeit mit den wichtigsten Partnerländern – Frau Asch hat schon darauf hingewiesen – werden wir fortsetzen. Wir werden mit Mpumalanga die Partnerschaftsvereinbarung erneuern. Wir werden diese Arbeit kontinuierlich fortsetzen und stärken.

Dass wir die Projektarbeit auch weiter fortsetzen können, ist mitunter einer Vereinbarung zu verdanken, die wir im September letzten Jahres mit der GIZ getroffen haben. Sie wissen vielleicht, dass wir in der Vergangenheit einen Mietzuschuss von 1,3 Millionen € bereitgestellt haben, der einfach so entgegengenommen wurde. Jetzt haben wir vereinbart, dass mit diesen Mitteln Projekte finanziert, Projektvorschläge realisiert und Zuwendungsanträge bedient werden, die aus unserem Land kommen und die die entsprechende Nachhaltigkeit für Projekte gewährleisten, beispielsweise aus dem Bereich der Qualifizierungsmaßnahmen, der internationalen Berufsbildung, Veranstaltungen usw., usf.

Meine Redezeit ist schon wieder zu Ende, meine sehr verehrten Damen und Herren. Sie müssen mir nachsehen, dass ich zu dem großen Bereich der internationalen Partnerschaften heute nichts sagen kann. Auch diese führen wir fort.

Aber lassen Sie mich zum Schluss noch einmal unterstreichen: Insgesamt ist der Ansatz im Bereich „Internationales und Eine Welt“ von hohem Verantwortungsbewusstsein geprägt – für die Eine Welt, für unsere internationalen Partnerschaften und Verpflichtungen, aber auch für einen sparsamen Umgang mit öffentlichen Mitteln für die Konsolidierung des Landeshaushaltes. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Ministerin. Sie haben Ihre Redezeit um 1:40 Minuten überzogen. Möchte noch jemand aus den Fraktionen das Wort nehmen? – Das ist nicht der Fall.

Damit schließe ich die Beratungen zum Teilbereich „Europa und Eine Welt“ im Einzelplan 02 der Ministerpräsidentin und rufe auf:

Teilbereich Medien

Als erstem Redner erteile ich für die CDU-Fraktion Herrn Prof. Dr. Dr. Sternberg das Wort.

Prof. Dr. Thomas Sternberg (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Da-

men und Herren! Wir beraten den Medienetat in einer schwierigen Situation. Die „Financial Times Deutschland“ ist nicht mehr da. Die DDVG, die Medienholding der SPD, konnte oder wollte weder „Frankfurter Rundschau“ noch „Westfälische Rundschau“ retten. Allenthalben stoßen wir auf Konzentration und Redakteursabbau. Ich denke, das ist ein Signal für eine unzureichende Nutzung des Internets zur Gewinnerzielung.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist unter schwerem Beschuss. Als hätten die parlamentarischen Debatten um die neue Rundfunkgebühr nie stattgefunden! Der WDR als größter Sender unseres Landes und Leitmedium ist auf Leitungssuche. Es gibt also genug Aufgaben.

Und der Etat, der uns jetzt hier vorliegt, wird vollmundig erläutert. Da heißt es „Standort stärken“, „Qualität fördern“, „Kompetenz vermitteln“, „Vielfalt sichern“. Wer wollte das nicht!

Die Beschreibung des Medienstandortes Nordrhein-Westfalen ist dann schon etwas angreifbarer. Da wird neben Düsseldorf und Köln nur noch das Ruhrgebiet, und zwar als IT-Standort, benannt. Man ist ziemlich erstaunt. Gab es da nicht auch noch etwas in Paderborn, um von meiner Heimatstadt Münster gar nicht zu sprechen? – Aber sei es drum. Diese rheinischen Blickverengungen sind wir gewohnt.

(Beifall von Karlheinz Busen [FDP])

Im Einführungstext ist von Fortbildungsmaßnahmen im Bereich des Lokaljournalismus die Rede – Fortbildungsmaßnahmen, die Qualität und Vielfalt sichern sollen. Das Ziel scheint mir doch recht unbestimmt zu sein, und die 213.000 € für ein Gutachten zur Klärung dieser Hoffnung sind eine stattliche Summe, die in einem immer noch etwas diffusen Zusammenhang zu den privaten Beziehungen des Staatssekretärs zum Auftragnehmer stehen. Die Umstände um Promotion und fast zeitgleiche Auftragsvergabe sind immer noch nicht ganz geklärt. Wir verlangen nach wie vor eine minutiöse Aufklärung, und zwar nicht durch eine eigens hierzu eilig zusammengerufene neue interne Revision, sondern durch eine Prüfung durch Unabhängige.

Meine Damen und Herren, Veränderungen im Etat gibt es kaum. Die Einsparung von 641.000 € – ein sehr kleiner Tropfen auf den sehr heißen Schuldenstein – ergibt sich aus der Kürzung des Medienforums auf einen Tag. Warum allerdings eine Veranstaltung von nur einem Tag fast 900.000 € kosten muss, bleibt mir fraglich. Und was soll da eigentlich geschehen? Es ist nicht mal mehr ein knappes halbes Jahr bis zur Durchführung.

Zum Medienforum gibt es eine Reihe weiterer Fragen und Ungereimtheiten. Die Organisation des Medienforums lag bislang bei der LfM Nova GmbH, einem Tochterunternehmen der LfM. Nach einem Bericht der „Rheinischen Post“ vom 31. Januar hat

deren Geschäftsführer noch Anspruch auf ein ganzes Jahr Gehalt, obwohl die Zusammenarbeit beendet wurde. Offensichtlich ist die Entscheidung, das Medienforum zu verkürzen, so hektisch erfolgt und mit so wenig Prüfung der Verträge, dass eine fristgerechte Vertragsauflösung nicht möglich war.

Aus diesen handwerklichen Fehlern ergeben sich für uns Fragen.

Erstens. Warum ist die Entscheidung zur Neukonzeption nicht mit ausreichendem Vorlauf kommuniziert worden?

Zweitens. Womit beschäftigen sich die LfM Nova GmbH und ihr Geschäftsführer im kommenden Jahr, vor allen Dingen nach dem Medienforum?

Drittens. Wie hoch sind die Gehaltszahlungen für deren Geschäftsführer und gegebenenfalls weitere Beschäftigte, die nun ohne Aufgabenerfüllung bezahlt werden?

Es hat ja offensichtlich auch schon Probleme bei der Integration des ecmc in das Grimme-Institut Ende 2010 gegeben. Man hat den Eindruck, hier sind wieder vor allen Dingen handwerkliche Fehler zu vermerken.

Externe Beratung lässt sich die Landesregierung auch sonst etwas kosten. Eine stattliche Viertelmillion wird gebraucht, um ein Fördercontrolling zu finanzieren, weil die normalen verwaltungstechnischen Prüfungen in der Staatskanzlei offensichtlich nicht ausreichen.

Aber auch Veranstaltungen für die Staatskanzlei scheinen lukrativ zu sein. Für einen Kongress zur – es heißt da – Förderung der Qualität von Video- und Computerspielen – das soll tatsächlich in einem Kongress passieren – sind stattliche 160.000 € vorgesehen. Ich vermute, es geht dabei um Personalstellen.

Das Grimme-Institut ist Nutznießer einer Titelveränderung, der Übertragung von 330.000 € für Fortbildungen zum Lokaljournalismus. Meine Damen und Herren, das Problem der Verleger mit ihren lokalen Blättern ist aber nicht die Ausbildung ihrer Redakteure, die in der Regel hochqualifiziert sind. Ich glaube, es stellen sich eher ordnungspolitische Fragen um diese Ausgaben, die im Umfeld der geplanten Stiftung stehen. Mein Kollege Schick hat bereits vor der drohenden Einflussnahme der Regierung gewarnt und der damit einhergehenden Kontrollen. Es geht um rechtliche Rahmenbedingungen und interne Abklärungen. Die sind sehr viel wichtiger, damit aus dem Kostenlosmedium Internet irgendwann eine alle Seiten zufriedenstellende und arbeitsplatzsichernde Einnahmequelle wird.

(Beifall von der CDU)

Präsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Prof. Dr. Thomas Sternberg (CDU): Meine Damen und Herren, dass sich das Grimme-Institut mit Digitalisierung im Rahmen echter wissenschaftlicher Forschung über ein An-Institut befassen soll, ist nicht zu kritisieren. Wir sind allerdings sehr gespannt, wo und unter welchen Umständen dieses An-Institut angesiedelt werden wird.

Nicht zu kritisieren ist auch der größte Batzen des Etats mit fast 15 Millionen für unsere Film- und Medienstiftung, ...

Präsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit bitte.

Prof. Dr. Thomas Sternberg (CDU): ... die erfolgreiche Arbeit macht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, wir werden sehr genau darauf achten, ob die Staatskanzlei Veränderungen der Medienlandschaft nutzen wird, um ihren Einfluss zu stärken und damit die Unabhängigkeit der Medien zu gefährden. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Prof. Dr. Dr. Sternberg. – Für die SPD-Fraktion hat der Kollege Vogt das Wort.

Alexander Vogt (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich könnte jetzt meine Rede beginnen und erklären, wie gut NRW als Medienstandort aufgestellt ist. Dazu komme ich gleich. Ich möchte aber mit einem aktuellen Thema beginnen.

Meine Damen und Herren, haben Sie schon einmal an einem Trauermarsch teilgenommen? An einem Trauermarsch wie er Anfang des Monats in Dortmund stattgefunden hat: Dort wurde eine ganze Redaktion eingestellt. Das wurde gerade von Herrn Prof. Sternberg angesprochen. Sie wissen genauso gut wie ich, Herr Prof. Sternberg, dass das eine Entscheidung des Mehrheitsgesellschafters war und die DDVG Medienholding dort nur 13 % Mitspracherecht hatte.

Aber dieses Beispiel zeigt, die Situation auf dem Zeitungsmarkt ist nicht einfach und dass Medienpolitik einen immer größeren Stellenwert bekommen muss. Die rot-grüne Landesregierung hat das erkannt. Das wird auch am Haushalt deutlich.

Hierbei legen wir Schwerpunkte in drei Bereichen. Der Erste ist Vielfaltssicherung. Der Zweite ist Medienkompetenzvermittlung. Und drittens: Wir wollen den Medienstandort NRW stärken.

Wenn wir den Medienstandort NRW insgesamt betrachten, können wir stolz darauf sein. Wir haben hier im Medienbereich 65.000 Unternehmen, die

NRW zum umsatzstärksten Standort in Deutschland machen. Die Film- und Medienstiftung unterstützt nicht nur Film- und TV-Produktionen, sondern auch den immer stärker werdenden Games-Bereich, der heute schon mehr als 2 Milliarden € Umsatz im Jahr macht.

NRW ist gleichzeitig TV-Standort Nummer eins.

Das neu konzeptionierte Medienforum NRW wird auch weiterhin die Möglichkeit bieten, aktuelle medienpolitische Themen zu diskutieren und auch den Medienstandort zu präsentieren.

Meine Damen und Herren, eine zukünftige Herausforderung wird natürlich die Sicherung der journalistischen Vielfalt werden. Derzeit haben wir noch einen vergleichsweise vielfältig aufgestellten Zeitungsmarkt. Gleichzeitig gehen jedoch die Auflagen der Printzeitungen zurück, ohne dass das bisher durch Online-Angebote ausgeglichen werden kann. Insbesondere den Lokaljournalismus müssen wir dabei besonders im Auge behalten. Dabei geht es grundsätzlich um die Frage von Vielfalt und Demokratie vor Ort. Aber auch jede politische Gruppierung, jeder Sportverein, jede Kirchengemeinde ist davon betroffen, jede Organisation, die mit den Menschen in ihrer Stadt kommunizieren will.

Wir führen die Diskussion um Lokaljournalismus. Wir wollen diesen stärken. Doch wie können wir das tun? Es gibt da vielfältige Ansätze. Eine Möglichkeit ist die Idee einer Stiftung, einer Stiftung mit dem Ziel, Vielfalt und Partizipation zu stärken.

Ja, natürlich muss diese Stiftung staatsfern organisiert sein. Die Aufgaben und Möglichkeiten einer solchen Stiftung werden derzeit diskutiert. Jeder ist eingeladen, dort Vorschläge einzubringen. Gute Vorschläge sind immer willkommen.

Die Stiftung kann eine Art der Unterstützung sein. Wir brauchen aber insgesamt eine gesellschaftliche Debatte darüber, was uns eigentlich lokaler Journalismus wert ist, was uns unabhängiger Journalismus wert ist und wie wir diesen finanzieren wollen. NRW beginnt diese Debatte.

Meine Damen und Herren, wenn wir auf den Rundfunkbereich blicken, sehen wir, dass das duale System gut aufgestellt ist. Es hat sich bewährt.

Das neue Beitragsmodell wurde auch hier im Landtag mit einer breiten Mehrheit beschlossen und in anderen Bundesländern sogar mit Stimmen der FDP. Das neue System hat viele gute Ansätze. Einige Probleme müssen jedoch bei einer Evaluierung genau betrachtet und es müssen Korrekturen vorgenommen werden.

(Vorsitz: Vizepräsident Daniel Düngel)

Welche Aufgaben sehen wir noch im öffentlich-rechtlichen Rundfunk?

Die 7-Tages-Frist, nach der Inhalte aus dem Netz entfernt werden müssen, muss überarbeitet werden.

Die Nutzer verstehen nicht, warum Rundfunkgebühren- oder beitragsfinanzierte Inhalte aus dem Netz gelöscht werden.

Und die Gremien, der Rundfunkrat und der Verwaltungsrat im WDR, müssen gestärkt werden. Das Gleiche gilt für die Medienkommission der LfM.

Wegen der fortschreitenden Digitalisierung ist uns das Thema „Medienkompetenz“ besonders wichtig. Es geht nicht nur darum, Kindern einen sicheren technischen Umgang mit dem Netz zu vermitteln, sondern ihnen auch beizubringen, kritisch mit Inhalten umzugehen und sie zu bewerten. Wir haben in NRW den Medienpass auf den Weg gebracht. Über 800 Schulen haben sich bisher bereiterklärt, dabei mitzumachen. Das ist ein wichtiges Thema.

Als letzten Punkt möchte ich noch den „Tag der Medienkompetenz“ ansprechen. Wir haben ihn hier im Landtag wieder eingeführt, nachdem ihn die Rüttgers-Regierung abgeschafft hatte. Die Resonanz war gut. Ich freue mich darüber.

Vizepräsident Daniel Düngel: Herr Kollege, achten Sie bitte auf die Redezeit.

Alexander Vogt (SPD): Ich komme zum Schluss. – Allen Fraktionen, die zugestimmt haben, herzlichen Dank. Wir haben wohl alle gesehen, dass das eine gute Veranstaltung war, die wir weiter fortsetzen sollten.

Als wirklich Letztes: Wir haben drei große Aufgaben: die Vielfalt unserer Medienlandschaft zu sichern, die Medienkompetenz zu stärken und den Medienstandort NRW zu fördern. Dazu brauchen wir diesen Haushalt, der dafür eine gute Grundlage legt. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Daniel Düngel: Vielen Dank, Herr Kollege Vogt. – Für die FDP-Fraktion spricht Kollege Nückel.

Thomas Nückel (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ja, der Medienkompetenztag war eine erfolgreiche Sache. Als es aber kritisch wurde, waren Sie alle weg: als sich Lehrer beschwerten, sich teilweise ein bisschen hilflos zurückgelassen zu fühlen, und sich unter anderem Eltern beschwerten, zum Teil nicht informiert worden zu sein, was bei den Medienkompetenzprojekten läuft. Vielleicht geht es dabei aber auch nur um PR.

Drei Aspekte ziehen sich durch den vorliegenden Entwurf des Medienhaushalts 2013 als rot-grüne Linie:

Erstens. Es scheint ein Stil offenbar zu werden, der Entwicklungen in den Medien vor allem von der Gnade von Funktionären und Seilschaften abhängig machen will.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Zweitens. Es geht der Koalition nicht um die Sicherung des Standorts NRW.

Drittens. Freilich geht es auch nicht ums Sparen. Das von der Landesregierung angegebene Einsparvolumen ist nämlich sehr gering. Der Gesamtansatz des Etats beläuft sich auf etwas über 21 Millionen €. Das bedeutet gerade mal eine Einsparung von 640.000 € gegenüber dem Vorjahr. Und das ist lediglich dem Umstand geschuldet, dass man Kürzungen beim Medienforum vorgenommen hat. Ansonsten gibt es nur geringe Umschichtungen innerhalb des Haushalts.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Machen Sie doch mehr!)

Aus unserer Sicht sind aber weitere Einsparpotenziale vorhanden, so beispielsweise bei Forschungsaufträgen und Gutachterkosten.

Es hat sich schon in den letzten drei Jahren gezeigt:

(Beifall von der FDP)

Es reicht nicht, sich Ideen einfach nur erkaufen zu wollen. Die Geschäftsbesorgung durch die Film- und Medienstiftung, die grundsätzlich erfolgreich arbeitet, ist aber schon aufgrund der Gesellschaftsstruktur in Teilen zu hinterfragen.

Bedenklich ist auch, dass die Internationale Filmschule erheblich von Rundfunkgebührengeldern mitgenährt wird.

Ich sehe es auch als kritisch an, dass die Ministerin am 17. Januar im Ausschuss lapidar in der Beschreibung verlauten ließ, dass auf Initiative des Landes die ifs mit einem 7-semesterigen Bachelor-Studiengang Kamera gestartet sei als Nachfolger der an der FH Dortmund ausgelaufenen Kameraausbildung. Ergo: eine teilweise Abwälzung vom Steuerzahler auf den Gebührenzahler. Entledigt sich die Landesregierung so zum Teil der Kosten?

(Beifall von der FDP)

Auch das Thema „Rundfunkgebühren“, das uns ohnehin noch weiter beschäftigen wird: Es gibt für den Gebührenzahler also viele Gründe, das System kritisch infrage zu stellen.

Teuer ist vor allen Dingen immer noch das Medienforum, wenn man betrachtet, was dafür ausgegeben wird, gemessen an dem, was davon noch übrig bleibt.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Die sogenannte thematische Fokussierung, die Sie als Grund für die Verkürzung des Forums wie eine

Monstranz vor sich hertragen, ist eine inhaltsleere Floskel. Diese neue strategische Ausrichtung, die beschworen wird, entpuppt sich als Taschenspielertrick. Offensichtlich konzentriert man sich auf repräsentative Events. Eine Gala, wie man hört, soll wohl zur Imagepflege der Landesregierung dienen. Vielleicht gibt es gerade deshalb drei Monate vor dem Termin immer noch nichts Handfestes zum Inhaltlichen des Programms.

(Beifall von Werner Jostmeier [CDU])

Die Landesregierung eiert ausgerechnet im Jubiläumsjahr des Medienforums. Mit vielen interessanten Besuchern gehörte das Medienforum zu den wichtigsten Medienveranstaltungen in Deutschland und Europa. Davon bleibt jetzt nicht mehr viel übrig; von Programmbreite ist gar keine Rede mehr. Ob man in der Branche so noch Gehör findet? Da hören wir im Juni bei der Gala wohl eher die Schnecken im Salat.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Zur Debatte zum Haushalt 2012 im letzten November: Nach unserer Kritik am fehlenden Termin – Sie werden sich sicherlich erinnern, Frau Ministerin – wurde das Datum so plötzlich aus dem Hut gezaubert, dass ich gespannt bin, welches Kaninchen gleich noch zum Medienforum aus dem Zylinder kommt.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Daniel Düngel: Herr Kollege Nückel, würden Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Abel zulassen?

Thomas Nückel (FDP): Heute ausnahmsweise nicht. Danke. – Auch in anderen Dingen scheinen die Weichenstellungen der Landesregierung im Medienbereich nur dahin zu gehen, sich bestimmten Einfluss auf Medien zu sichern. Es ist alles andere als eine ausbalancierte Strategie zur Förderung von Vielfalt erkennbar. Erkennbar ist ein Verlangen, die verschiedenen Bereiche an die engen politischen Zügel der Staatskanzlei zu nehmen.

Als Beispiele seien die Pläne für die Stiftung „Partizipation und Vielfalt“ erwähnt. Sie verstecken sich hinter einer scheinbaren Retterkulisse zur Sicherung der Vielfalt. Statt aber Vielfalt zu befördern, besteht – allen Bekundungen von Staatsferne zum Trotz – die Gefahr, dass mit Politikern und Funktionären besetzte Gremien am Ende über die Vergabe der Gelder entscheiden werden. Das ist mehr als ein fader Beigeschmack.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Sie werden nicht direkt in die redaktionelle Arbeit eingreifen. Nein, nein. Allerdings werden Sie nach und nach Regeln entwickeln, die sich auf die Arbeit der Journalisten auswirken werden, und sogenannte ge-

rechte Sprachregeln oder Quoten für jenes oder dieses Thema durchsetzen.

Wir hätten uns mehr Ideen gewünscht, wie die Medienhäuser von einschränkenden Regulierungen befreit werden könnten. Insgesamt scheint die Landesregierung aber eher den Schwerpunkt auf die Förderung von Staatsjournalismus zu legen. Das ist eine Richtung, die wir als FDP-Fraktion auf keinen Fall mitgehen werden.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Deswegen wird es Sie nicht verwundern, dass wir den Haushalt ablehnen. – Danke.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Daniel Düngel: Vielen Dank, Herr Kollege Nückel. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird mein lieber Herr Kollege Keymis den Redebeitrag halten. Darüber freue ich mich ganz besonders.

Oliver Keymis (GRÜNE): Das ist eine ganz dicke Männerfreundschaft.

(Allgemeine Heiterkeit und Beifall – Zuruf von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

– Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Stichwort kam von der Ministerpräsidentin. Bitte keinen Neid, Frau Ministerpräsidentin. Jedenfalls, was „dicke“ betrifft nicht.

Genug geschwätzt. Ich will es kurz und knapp machen. – Das Kabinett hat uns für den Medienbereich einen relativ unveränderten Haushalt vorgelegt. Darüber ist der Medienpolitiker eigentlich ganz froh, weil das heißt, dass wir das, was wir machen, mit hoher Effizienz tun, und dass wir im Wesentlichen machen können, was wir uns im Koalitionsvertrag vorgenommen haben. Dazu gehören auch Dinge wie die zum Teil schon von den Vorrednern angesprochenen Themen, Stichwort „Medienforum“ oder Stichwort „Stiftung ‚Vielfalt und Partizipation‘“.

Herr Kollege Nückel, ich habe noch nicht heraus, wieso das irgendetwas mit Staatsjournalismus zu tun haben soll. Das ist übrigens auch ein ziemlich schwerwiegender Vorwurf in einem Land, in dem wir uns genau bei dem Thema aus historischen Gründen schon immer um wirkliche Staatsferne bemühen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich kann überhaupt nicht verstehen, warum Sie mit diesem Kampfbegriff an ein Projekt herangehen und versuchen, die Unabhängigkeit und das spezifische journalistische Empfinden, was man benötigt, um gute Zeitungen und gute mediale Präsenz zu erzeugen, in eine bestimmte Ecke zu stellen.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Wenn sich Einrichtungen, die wie eine solche Stiftung von Staats wegen gegründet werden, Gedanken darüber machen, wie Meinungsvielfalt und Teilhabe in einer medial bestimmten Gesellschaft organisiert werden, dann ist das eigentlich nichts Negatives, sondern etwas Positives.

(Zuruf)

– Nein, das ist nichts Gefährliches. Das ist positiv.

Wir haben auch staatliche Schulen, an denen ausgebildet wird. Deshalb ist das doch nicht gefährlich. Ihr Staatsverständnis wirft bei mir Fragezeichen auf. Ich glaube, damit bin ich nicht alleine im Hohen Hause.

Es ist eine gute Idee, zu prüfen, wie wir Entwicklungen befördern können. Kluge Menschen können sich Gedanken darüber machen, wie man dieses Land medienpolitisch künftig noch stärker und vielfältiger, noch meinungsfreier aufstellen kann.

An einem Beispiel wie dem Zusammenbruch der „Westfälischen Rundschau“ sehen wir, wohin es führt, wenn die Dinge rein marktwirtschaftlich, rein ökonomisch und eben nicht unter journalistischen Kautelen organisiert werden. Der „WAZ“-Konzern hat in den letzten Jahren aus meiner Sicht zu wenig auf lokale journalistische Kompetenz gesetzt.

(Zuruf von Klaus Kaiser [CDU])

Die Menschen kaufen ihre Zeitungen vor Ort, um zu erfahren, was in ihrem Umfeld passiert. Hier hat er zu wenig Kompetenz gezeigt. Dann bestellen die Leute die Zeitung eben ab. Das Ergebnis ist ein ökonomischer Niedergang. Die „WR“ hat das leider erfahren. 120 kompetente Kolleginnen und Kollegen aus dem journalistischen Bereich stehen auf einmal auf der Straße.

Das ist eine falsche Medienpolitik, die in dem Fall der Konzern zu verantworten hat. Das hat mit staatlicher Organisation gar nichts zu tun.

Über den Rundfunkbeitrag haben wir auch gesprochen. Es ist ein kompliziertes Gebilde. Immerhin haben wir im Landtag mit fast allen Fraktionen diesen Beschluss gefasst. Ich glaube, es war auch richtig, von der gerätebezogenen Gebühr auf einen Haushaltsbeitrag umzusteigen. Wir werden jetzt zügig evaluieren. Dann werden wir hoffentlich bis zum Ende des nächsten Jahres wissen, wohin die Reise künftig geht. Es werden noch Diskussionen zu führen sein.

Über allem wacht die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs, die KEF. Also keine Sorge: Alles was an Mehreinnahmen möglicherweise durch den Rundfunkbeitrag bei den Öffentlich-Rechtlichen landen könnte, wird von der KEF sofort wieder gegengerechnet und abgezogen. Ich habe den Eindruck, an der Stelle haben wir ein gut organisiertes System. Ich bin nicht nur dem Bundesverfassungsgericht dafür dankbar.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir haben uns im Koalitionsvertrag als ein Projekt das Landesmediengesetz vorgenommen. Die Novelle 2013 wird eine Reihe von Schwerpunkten aufweisen. Wir werden das WDR-Gesetz an einigen Stellen nacharbeiten. Das tun wir in einem sehr offenen Prozess im Parlament.

Wir erwarten mit Interesse den Entwurf der Landesregierung zur Novelle des Landesmediengesetzes. Wir werden uns im Parlament dann im Rahmen von Anhörungen und Diskussionen damit beschäftigen. Es geht auch darum, die Bürgermedien zu stärken und damit das Thema der Medienkompetenz aus unserer Sicht politisch weiterzuentwickeln. Das haben wir übrigens in Bezug auf den Tag der Medienkompetenz schon getan. – Alles in allem ist es ein rundes Programm.

Mit Blick auf die digitale Entwicklung, mit Blick auf Veränderungen, die diese Gesellschaft erfährt, finde ich eine Entwicklung bedauerlich – darüber ärgere ich mich –: Ich meine die Grimme-Preis-Nominierung für eine Sendung wie „Dschungelcamp“. Bislang ist es nur eine Nominierung. Wir müssen abwarten, ob es einen Preis gibt. Das finde ich persönlich fragwürdig.

(Zustimmung von den GRÜNEN und der SPD)

Es ist aber eine Entwicklung und Veränderung in der Gesellschaft, die wir mit unseren Möglichkeiten aufmerksam begleiten und verfolgen sollten. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Daniel Düngel: Vielen Dank, Herr Kollege Keymis. – Für die Piratenfraktion spricht nun der Kollege Daniel Schwerd.

Daniel Schwerd (PIRATEN): Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer auf den Rängen und an den Mattscheiben. Im Medienhaushalt des Jahres 2013 stehen insgesamt 21 Millionen € zur Verfügung. Wir reden damit von einem der kleinsten Einzelpläne des Landes. Den größten Teil davon, nämlich über 16 Millionen €, erhält die Film- und Medienstiftung NRW, die damit ihre Arbeit, die Förderung der Film- und Fernsehinfrastruktur in NRW, verlässlich fortführen kann.

Wir Piraten begrüßen grundsätzlich den Ausbau dieser Filmstiftung zur Film- und Medienstiftung NRW. Wir erhoffen uns davon eine noch stärkere Förderung digitaler und innovativer Medien. Mit den durch die Film- und Medienstiftung kürzlich aufgelegten Förderprogrammen hat die Stiftung einen guten Anfang gemacht.

Die digitale Medien- und Kreativwirtschaft hat gesamtgesellschaftliche Relevanz, weil hier Innovatio-

nen und Produkte entstehen, die fast schon täglich die Art und Weise verändern, wie wir leben, arbeiten und kommunizieren.

Eine noch stärkere Förderung von Innovationen digitaler Projekte finden wir immens wichtig. Wirtschaftlich gehören diese Bereiche längst zu den wichtigsten des Landes. Digitale Innovationen haben positive Effekte weit in andere Wirtschaftsbereiche hinein.

Auch die Förderung der Software- und Games-Branche in NRW kann diesem Land und den vielen jungen Entwicklern nur guttun. Wir fordern die Landesregierung auf, ihre Anstrengungen auf diesem Feld zu verstärken und auch in den kommenden Jahren nicht zu sparen.

(Beifall von den PIRATEN)

Ein weiterer Punkt, der für uns Piraten entscheidend ist, ist die Vermittlung von Medienkompetenz. Wir sind der Überzeugung, dass ein freier und unbeschränkter Zugang zu Informationen im Internet das vielleicht wichtigste Fundament für ein selbstbestimmtes und freies Leben im Informationszeitalter ist.

Neben der Vermittlung des hierfür notwendigen technischen Verständnisses ist es entscheidend, die Menschen in die Lage zu versetzen, mit Informationen, die sie im Netz finden, kritisch umzugehen, diese zu hinterfragen und einordnen zu können, um sich letztlich eine eigene, informierte Meinung zu bilden.

Die Vermittlung von Medienkompetenz beschränkt sich dabei keineswegs nur auf junge Menschen. Gerade auch älteren Menschen, die nicht mit dem Internet aufgewachsen sind, müssen wir die Fähigkeiten und das Verständnis dafür vermitteln, welchen unglaublichen Reichtum an Information, Erfahrung, Unterhaltung und Nachrichten das Netz bietet.

(Beifall von den PIRATEN)

Daher begrüßen wir Piraten ausdrücklich, dass im aktuellen Haushalt 1 Million € für das Grimme-Institut veranschlagt worden sind. Im Zuge einer Neuausrichtung auf die Vermittlung von Medienkompetenz soll das Institut dazu beitragen, die Medienbildung in NRW zu stärken. Diesen Ansatz halten wir für absolut richtig. Wir werden beobachten, wie die Arbeit des Grimme-Instituts in diesem Bereich anläuft. Mittelfristig werden 1 Million € für solch ein wichtiges Thema entschieden zu wenig sein.

Im Medienhaushalt für das Jahr 2013 gibt es eine erwähnenswerte Kürzung. Der Zuschuss zur Durchführung des Medienforums NRW wurde um 641.200 € gekürzt. In Zukunft stehen damit nur noch 858.000 € zur Verfügung. Die Landesregierung begründet diese Kürzung mit dem Erfordernis, Geld einzusparen.

Damit geht eine Neuausrichtung des Veranstaltungskonzepts einher: Das Medienforum wird von drei Tagen auf einen Tag gekürzt. Die Zukunft dieser Veranstaltung ist damit unklar.

Es ist auffällig, dass für eine Eintagesveranstaltung fast genauso viel Geld ausgegeben werden soll, wie das Grimme-Institut im ganzen Jahr für Projekte im Bereich der Medienkompetenz zur Verfügung hat.

(Beifall von den PIRATEN und von Prof. Dr. Thomas Sternberg [CDU])

An der Stelle wird die Landesregierung ihre Prioritäten in Zukunft noch schärfen müssen.

Wie schon beim letzten Haushalt kritisieren wir insgesamt die Intransparenz großer Teile des Medienhaushaltes. Für den Bürger ist es kaum nachvollziehbar, wie viel Landesmittel für die Film- und Medienstiftung oder das Grimme-Institut ausgegeben werden. Wir appellieren nicht nur an die Landesregierung, sondern auch an die Film- und Medienstiftung sowie das Grimme-Institut, ihre Strukturen offenzulegen und so den Menschen in NRW einen Einblick zu ermöglichen, wie die Gelder ausgegeben werden.

(Beifall von den PIRATEN)

Wer mit öffentlichen Geldern umgeht, ist in der Pflicht, diesen Umgang transparent zu machen. Solange nicht für jeden Bürger erkennbar ist, wer auf welcher Grundlage und zu welchem Zweck Steuergelder ausgibt, solange können wir diesem Medienhaushalt nicht zustimmen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Daniel Düngel: Vielen Dank, Kollege Schwerd. – Für die Landesregierung erteile ich nun der Ministerin Frau Dr. Schwall-Düren das Wort.

Dr. Angelica Schwall-Düren, Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Ich bin dankbar dafür, dass Prof. Sternberg und andere schon mehrfach die Leitlinien der nordrhein-westfälischen Medienpolitik formuliert haben. Damit muss ich das nicht mehr tun, sondern kann direkt einsteigen:

Als Erstes will ich das Thema „Medienkompetenz“ ansprechen. Ich bin froh, dass Herr Schwerd darauf aufmerksam gemacht hat, dass dieses Thema nicht nur ein Thema für Kinder und Jugendliche ist, sondern auch für ältere Menschen, aber auch für Eltern, Pädagoginnen und Pädagogen.

Demokratie, meine Damen und Herren, braucht Teilhabe. Und Teilhabe wiederum erfordert den selbstbestimmten und kritischen Umgang mit Medien und Medienvielfalt. Deshalb haben wir eine ganze Reihe von Initiativen, um diese Medienkompe-

tenz zu stärken. Darüber sprechen wir auch im Ausschuss immer wieder. Ich will heute insbesondere noch einmal auf den Medienpass aufmerksam machen und Herrn Nückel versichern, dass beispielsweise beim Medienpass zunächst ein Angebot für die Lehrerinnen und Lehrer erarbeitet wurde, die dieses Projekt in den Grundschulen mit großer Zustimmung aufgegriffen haben. Inzwischen wirken ein Drittel aller Grundschulen mit. Jetzt sind wir dabei, das Angebot auf die 5. und 6. Klassen auszuweiten.

Wenn wir von „Kompetenz“ sprechen, sprechen wir immer auch von „Qualifizierung“ und „Qualität“. Auch dabei ist die Landesregierung aktiv, beispielsweise mit dem Karriereportal www.medienkarriere.nrw.de, wo eine Fülle von Informationen auch für Qualifizierung und Weiterbildung zu finden sind. Dazu kann ich hier im Einzelnen nicht weiter ausführen.

Lassen Sie mich nun zu dem Thema „Stiftung ‚Vielfalt und Partizipation‘“ zur Stärkung des Lokaljournalismus kommen. Noch einmal: Diese Idee ist nicht einfach im luftleeren Raum entstanden, sondern nachdem die Ministerpräsidentin dieses Thema auf dem Medienforum angesprochen und Gespräche angeboten hat, ist mit vielen Akteuren, Verlegern, mit Journalisten und Experten von Hochschulen die Idee geboren worden, dass eine solche Stiftung – abgestimmt auf die im Medienbereich vorhandenen Bedarfe – entwickelt werden sollte.

Deswegen kann ich es einfach nicht hinnehmen, Herr Nückel, dass Sie, obwohl bei uns noch gar kein Konzept auf dem Tisch liegt, mit Unterstellungen arbeiten, Potemkinsche Dörfer aufbauen und sogar den Begriff „Staatsjournalismus“ gebrauchen.

Wir werden – Sie sind eingeladen, Ihre Kontrollfunktion als Opposition wahrzunehmen – dazu beitragen, dass es sich bei dieser Stiftung um eine staatsferne Stiftung handelt.

Meine Damen und Herren, es ist angesprochen worden, dass die digitale Gesellschaft nicht nur für die Menschen immer wichtiger wird, sondern auch ein wichtiger Wirtschaftsfaktor ist. Insofern ist es in der Tat gut, dass die Filmstiftung zur Film- und Medienstiftung weiterentwickelt worden ist und mit ihrer neuen Förderstrategie neben der Förderung im Filmbereich sehr viele junge, innovative Unternehmen auf dem Weg in eine sichere Zukunft unterstützen konnte.

Meine Damen und Herren, das Medienforum gehört zu dem Komplex „Standortmarketing“. Es macht Sinn, dass im 25. Jahr der Durchführung eine Neuausrichtung erfolgt. Das Ziel ist eine straffere, auf medienpolitische Fragestellungen konzentrierte Veranstaltung. Auch da finde ich es sehr merkwürdig, wenn Herr Nückel auf der einen Seite behauptet, er wisse nichts, aber auf der anderen Seite schon alles kritisieren kann.

Vielleicht haben Sie noch ein bisschen Geduld. Denn die Filmstiftung ist derzeit dabei, dieses Konzept zu erarbeiten; es wird in Kürze vorgelegt werden. Es wird in der Verantwortung der Filmstiftung liegen. Die von Ihnen angesprochene LfM Nova ist eine Tochter der Landesmedienanstalt, und die Mitarbeiter werden in diesem Jahr noch weitere Projekte abwickeln wie beispielsweise das Festival „Großes Fernsehen“ oder das Medienbürgerfest. Sie werden also nicht einfach nur herumsitzen und nichts tun.

Wir wollen mit der Neuausrichtung Doppelangebote und Doppelstrukturen abbauen, aber ein Medienforum präsentieren, das auf der Höhe der Zeit ist und die Themen der Zeit mit den Experten und Expertinnen diskutiert.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, erlauben Sie mir zum Schluss der Debatte zum Einzelplan 02 noch einige Worte des Dankes für die klaren, natürlich auch widersprechenden politischen Aussagen, die erkennen lassen, dass der Haushalt der Staatskanzlei mehr ist als der kleinste Etat aller Ministerien, dass er auch ein Spiegelbild der Regierungsphilosophie der amtierenden Regierungschefin ist.

Ich möchte mich für den überwiegend sachlichen und fairen Umgang sowohl miteinander als auch mit dem Einzelplan, für die Zwischenfragen, die gezeigt haben, dass es auch, wenn es nur um die Sache geht, trotzdem spannend sein kann, und für das Festhalten am Beratungsfahrplan, was es ermöglicht, den Haushalt 2013 noch vor der Osterpause in Kraft zu setzen, bedanken. Nicht zuletzt bedanke ich mich für die Aufmerksamkeit, die Sie mir bis zum Schluss geschenkt haben. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Daniel Düngel: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Der Form halber: Frau Ministerin hat die Redezeit um 86 Sekunden überzogen. Die meisten anderen haben das jedoch auch getan. Ich sehe auch niemanden hierhin stürmen, der gegebenenfalls noch reden möchte. Insofern sind wir am Ende der Beratung zu Einzelplan 02.

Wir kommen zur Abstimmung über selbigen Einzelplan. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in seiner **Beschlussempfehlung Drucksache 16/2102**, den Einzelplan 02 unverändert anzunehmen. Zu diesem Einzelplan ist für die Teilbereiche Einzelabstimmung gemäß § 41 unserer Geschäftsordnung beantragt worden. Daher kommen wir jetzt zur **Einzelabstimmung**.

Zunächst geht es um den **Teilbereich „Ministerpräsidentin und Staatskanzlei“**. Wer kann diesem Teilbereich zustimmen? – Das sind die Fraktionen der Piraten, der SPD und von Bündnis 90/Die Grünen. Wer lehnt diesen Teilbereich ab? – CDU und FDP. Enthält sich jemand? – Das ist nicht der Fall.

Damit ist dieser Teilbereich des Einzelplans 02 **angenommen**.

Wir stimmen ab über den **Teilbereich „Landesplanung“**. Wer stimmt diesem Teilbereich zu? – Das sind die SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – Das sind CDU und FDP. Wer enthält sich? – Die Piratenfraktion enthält sich. Damit ist auch dieser Teilbereich des Einzelplans 02 **angenommen**.

Wir stimmen ab über den **Teilbereich „Europa und Eine Welt“**. Wer ist dafür, diesen Teilbereich anzunehmen? – Die Piraten, die SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt gegen diesen Teilbereich? – CDU und FDP. Enthält sich jemand? – Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser Teilbereich des Einzelplans 02 **angenommen**.

Wir stimmen ab über den **Teilbereich „Medien“**. Wer stimmt diesem Teilbereich zu? – SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Enthaltungen? – Die Piratenfraktion. Damit ist dieser Teilbereich des Einzelplans 02 **angenommen**.

Wir kommen zur GesamtAbstimmung über den Einzelplan 02 gemäß der Beschlussempfehlung Drucksache 16/2102. Wer möchte diesem Einzelplan zustimmen? – SPD, Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist gegen diesen Einzelplan? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – Die Piratenfraktion. Damit ist die **Beschlussempfehlung Drucksache 16/2102 angenommen** und der **Einzelplan 02** in zweiter Lesung **verabschiedet**.

Ich rufe auf:

Einzelplan 14 Ministerium für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk

Zunächst geht es um den

Teilbereich Wirtschaft, Industrie, Mittelstand und Handwerk

Ich weise Sie hin auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 16/2114 zu selbigem Einzelplan und eröffne hiermit die Beratung. – Zum Teilbereich „Wirtschaft, Industrie, Mittelstand und Handwerk“ spricht für die CDU-Fraktion der Kollege Wüst.

Hendrik Wüst (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Zuschauer! Wir werden auch mit Blick auf den Einzelplan 14 dem Haushalt nicht zustimmen können, weil solide Haushaltsführung und